

Anträge

Sachgebiete

- A Leitanträge
- P Programmatik
- PP Politisches Programm
- Q Organisatorisches

Inhaltsverzeichnis

- A 01 Raus aus den Sonntagsreden, rein in den Regierungsalltag: Für eine bürgernahe, moderne und strategiefähige Europapolitik der kommenden Bundesregierung
- P 01 Antrag zu Handelspolitik
- P 02 Das transatlantische Verhältnis im Jahr 2017
- P 03 Die Europäische Union soll Union der Republiken werden
- P 04 Umgang der EU mit Krisen in Anrainergebieten
- P 05 Der Telekommunikationsmarkt muss geöffnet werden!
- P 06 EuGH stärken, Rechtsstaatlichkeit schützen!
- P 07 Positionspapier zum EU-Weißbuch von J.-C. Juncker
- P 08 Resolution zum Pariser Klimaabkommen
- P 09 Begrenzung der Agrar-Direktzahlungen
- P 10 Unionsbürger*innenschaft
- P 11 Kostenloser Zugang zu Kultur
- P 12 Europäische Sportförderung
- P 13 Stärkung der (Menschen)Rechte von LGBTQI*+ Personen
- P 14 Anti-Terror-Politik der EU
- P 15 Antrag zur Einführung eines europäischen Mindestlohns
- P 16 Korruptions- und Verbrechensbekämpfung in der EU
- P 17 Europa: erlebbar machen, besser organisieren, Kompetenzen klarziehen
- PP 1 Änderung des Politischen Programms der JEF Deutschland
- Q 01 Erhebung von Gleichstellungsdaten innerhalb der JEF
- Q 02 Strategiewechsel: Zielgruppen, Kommunikation, Selbstverständnis
- Q 03 Organisation: Agenda des Bundesverbandes einführen

Antrag A 01: Raus aus den Sonntagsreden, rein in den Regierungsalltag: Für eine bürgernahe, moderne und strategiefähige Europapolitik der kommenden Bundesregierung

Laufende Nummer: 22

Antragsteller/in:	Bundesvorstand (JEF Deutschland)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Leitanträge

Raus aus den Sonntagsreden, rein in den Regierungsalltag: Für eine bürgernahe, moderne und strategiefähige Europapolitik der kommenden Bundesregierung

Der Bundeskongress hat beschlossen:

1 Das Jahr 2016 war in der Wahrnehmung vieler Menschen geprägt von gesellschaftlichen und
2 politischen Ereignissen, die eher gespalten denn vereint haben. Kurz vor dem Jahreswechsel
3 bildete der Ausgang der österreichischen Präsidentschaftswahlen jedoch den Startpunkt für
4 eine diskursive Wende und eine Rückkehr proeuropäischer Kräfte.

5 Aus JEF-Perspektive gab es einen gleichsam bedeutsameren Moment: Der *March for Europe*
6 anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat zehntausende
7 junge europabegeisterte Menschen aus allen Mitgliedstaaten der EU und darüber hinaus auf
8 die Straße der italienischen Hauptstadt gebracht, um gemeinsam gegenüber den zeitgleich
9 tagenden Staats- und Regierungschefs zu demonstrieren: Wir treten laut und deutlich für
10 ein geeintes, demokratisches, soziales, starkes und vor allem föderales Europa ein.

11 Parallel haben sich über Monate hinweg wöchentlich in immer größer werdender Zahl
12 Menschen

12 aller Altersgruppen auf öffentlichen Plätzen in Deutschland und ganz Europa versammelt, um
13 ein gesellschaftliches Zeichen gegen Rechtspopulismus und für die Europäische Gemeinschaft
14 zu setzen.

15 In Polen zum Beispiel, wo die nationalistische Regierung dabei ist, zentrale und
16 fundamentale Werte Europas wie die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit einzuschränken
17 und offensiv anzugreifen, formiert sich wachsender gesellschaftlicher Widerstand gegen die
18 nationalistische Politik der Kurzsichtigkeit. Das Gefühl gegenseitiger Interdependenz und
19 die Erkenntnis, dass wir in allen europäischen Ländern gemeinsam vor den gleichen
20 Herausforderungen stehen, erfassen immer mehr Menschen in ganz Europa.

21 Diese Entwicklung hat aber auch einen tragischen Kern, denn erst wenn die
22 zivilisatorischen Errungenschaften Europas auf den Prüfstand gestellt werden, scheinen
23 sich viele Menschen auf unser gemeinsames Schicksal zu besinnen. Es geht ein Ruck durch
24 die europäische Zivilgesellschaft. Wir stehen vor einer ganzen Reihe von Chancen und
25 Gelegenheitsfenstern für die europäische Politik der kommenden Monate und Jahre, von denen
26

drei einen klaren Bogen von der europäischen bis zur lokalen Ebene schlagen:

- 27 • Erstmals seit etlichen Jahren bietet sich eine echte Chance, die deutschfranzösische
28 Freundschaft auch auf Regierungsebene mit neuem Enthusiasmus und Leben zu füllen und
29 gemeinsam mit der neuen französischen Regierung als Motor für die Fortsetzung des
30 europäischen Einigungsprojekts zu fungieren.
- 31 • Auch wenn die vergangenen Wahlen in Europa in Wahlsiegen für proeuropäische Kräfte
32 mündeten, so konnten rechtspopulistische und antieuropäische Kräfte starke
33 Stimmenzuwächse quer durch die EU verbuchen, indem sie oft genug auf real
34 existierende Missstände und Unzulänglichkeiten in Europa verweisen können. Stärkstes
35 Narrativ dabei ist mangelnde Transparenz und große Bürgerferne.
- 36 • Gleichzeitig hat die Europäische Kommission mit einem partizipativen Weißbuchprozess
37 und einer Reihe von Reflexionspapieren eine europaweite Debatte über zahlreiche
38 relevanten Zukunftsthemen angestoßen, die wir alle gemeinsam zivilgesellschaftlich
39 weiter in die Breite tragen und mit proeuropäischer Energie gegen antieuropäische
40 Abwehrreflexe führen müssen.

41 All das verlangt weit mehr als situative und erratische Regierungshetik auf einem
42 europäischen Krisengipfel nach dem anderen, sondern stellt Anforderungen an eine
43 weitsichtige, kohärente und gemeinschaftliche europapolitische Strategie. Diese Strategie
44 braucht es in jedem Mitgliedsstaat der EU, frei von nationalen Egoismen und kurzfristiger
45 innenpolitischer Erfolgssucht.

46 Deutschland kommt hierbei als Gründungsmitglied, Hauptprofiteur, aber auch
47 Stabilitätsanker im Herzen Europas eine besondere Verantwortung zu. Während europaweit
48 Regierungen in hohem Tempo wechseln, beginnt die deutsche Regierungschefin bald ihre
49 vierte Amtszeit in Folge. Allein das wäre Anlass genug, diese Form der Stabilität auch auf
50 Europa ausstrahlen zu lassen und kontinuierlich und beständig auf ein klar und transparent
51 definiertes politisches Ziel hinzuarbeiten.

52 Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland fordern daher nach einem wichtigen
53 europäischen Wahljahr 2017 die kommende Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland
54 dazu auf,

- 55 1. den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron aufzugreifen und
56 anknüpfend an die Bemühungen der Europäischen Kommission **im Schulterschluss mit**
57 **unseren Partnern in Frankreich Diskussionsforen bereitzustellen**, in denen Bürgerinnen
58 und Bürger gemeinsam mit der organisierten Zivilgesellschaft in einen echten Dialog
59 mit der Bundesregierung über ihre Visionen für Europa und konkreten Ideen eines
60 deutschen europapolitischen Beitrags eintreten können, die auch wirklich Gehör
61 finden.
- 62 2. der deutschen Europapolitik auf Bundesebene endlich den politischen Stellenwert zu
63 einzuräumen, den sie verdient und **die europapolitischen Kompetenzen der**
64 **Bundesregierung in einem eigens dafür einzurichtenden Ministerium für Europapolitik**
65 **und Unionsangelegenheiten zu bündeln**. Eine bürgernähere Europapolitik in Deutschland
66 braucht den Grad an Personalisierung, den wir für die Politik der EU schon lange
67 fordern und das Maß an Bündelung von Querschnittskompetenzen, das man für eine
68 strategiefähige Europapolitik braucht. Das kann und muss ein erster Schritt sein, um

69 die Angriffsfläche der Rechtspopulisten zu reduzieren, Transparenz in der
70 Formulierung von Europapolitik zu erhöhen und gänzlich neue Hebel der
71 Regierungskommunikation zu nutzen.

72 3. Debatten zur strukturellen Reform der europäischen Institutionen nicht mehr nur zur
73 Kenntnis zu nehmen, sondern als treibende Kraft auf eine weitere Demokratisierung
74 europäischer Strukturen und Europäisierung nationaler Strukturen hinzuwirken. **Dazu**
75 **gehört der verbindliche Einsatz der Bundesregierung für die Schaffung transnationaler**
76 **Europalisten der europäischen Parteienfamilien zur kommenden Europawahl 2019 und eine**
77 **rechtlich bindende Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips in einer europäischen**
78 **Wahlrechtsreform.** Auch die zahlreichen anderen Vorschläge, die Jean-Claude Juncker in
79 seiner Rede *State of the Union* im September 2017 genannt hat, müssen als
80 Debattenbeiträge von der Bundesregierung kommentiert und eingeordnet werden. Nur so
81 entsteht eine Verknüpfung von abstrakt scheinenden Ideen und konkreten Konzepten, zu
82 denen sich eine neue und bürgernähere Europapolitik positionieren muss.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 01: Antrag zu Handelspolitik

Laufende Nummer: 3

Antragsteller/in:	JEF Bremen (Landesverband), JEF Hamburg (Landesverband), JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Antrag zu Handelspolitik

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Wir JEFer*innen stehen für eine solidarische freie Welt, die wir vorantreiben,
- 2 mitgestalten und vor allem auch ausleben wollen. Deswegen wollen wir uns für ein
- 3 solidarisches sowie föderales Europa, für die Demokratisierung der Welt, für eine
- 4 Überwindung der Nationalstaaten und die Durchsetzung sowie Einhaltung der Menschenrechte
- 5 und einen fairen und offenen Welthandel positionieren. Das jetzige System des weltweiten
- 6 Freihandels wird wegen fehlender sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit kritisiert. Die
- 7 Lösung dieser Systemschwächen kann jedoch nicht eine Abkehr von der Chance auf freien und
- 8 fairen Welthandel sein.

- 9 Auch möchten wir eine differenzierte Sichtweise auf internationale Handelsabkommen
- 10 befördern. Daher gilt für uns, dass wir die Globalisierung mitgestalten und mitverhandeln
- 11 möchten. Deswegen ist es unsere Aufgabe als Bürger*innen uns zu informieren und genau zu
- 12 definieren, wie wir unser gemeinsames Welthandelssystem organisieren wollen. Bei
- 13 zukünftigen Debatten über neue Freihandelsabkommen, müssen die Bürger*innen früh und aktiv
- 14 in den Verhandlungsprozess einbezogen werden. Am Anfang der Verhandlungen über TTIP
- 15 wurden
- 16 hier Fehler gemacht. Wir sind uns bewusst, dass das moderne Freihandelssystem ein
- 17 hochkomplexes System ist und viele Kritikpunkte an TTIP so wie sie vorgebracht wurden,
- 18 nicht gerechtfertigt waren. Auch erkennen wir an, dass die Europäische Kommission große
- 19 Anstrengungen bezüglich der Informationskampagnen und letztendlich auch der Transparenz
- 20 unternommen hat. Diesem kamen jedoch augenscheinlich zu gering und zu spät.

- 21 Wir wollen aktive Gestaltung von Freihandelsabkommen, die, demokratisch legitimiert, sich
- 22 für hohe Standards für Arbeitnehmer*innenrechte und Umweltschutz einsetzt. Vor allem
- 23 fordern wir, dass unser europäisches Vorsorgeprinzip nicht durch Freihandelsabkommen
- 24 aufgeweicht werden darf.

- 25 Uns ist durchaus bewusst, dass diese Forderungen sich entgegen dem Zeitgeist bewegen. Dass
- 26 Umfragen in Deutschland deutlich machen, dass viele Menschen Angst vor der Globalisierung
- 27 haben. Aber wir wollen eine Organisation sein, die Menschen die Angst nimmt
- 28 zurückzubleiben, weil wir selbstbewusst in Verhandlungen treten, weil wir ihnen die Chance
- 29 geben, mitzugestalten und wir ihnen das Gefühl nehmen wollen, dass über sie hinweg
- 30 entschieden wird. In der Debatte um Freihandel, müssen wir genau benennen, welche
- positiven Seiten der Freihandel zum Beispiel für die Förderung der Menschenrechte und die

31 Erhöhung der Lebensstandards haben kann.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 02: Das transatlantische Verhältnis im Jahr 2017

Laufende Nummer: 4

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Das transatlantische Verhältnis im Jahr 2017

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Seit Jahren schon ist das transatlantische Verhältnis einer der zentralen
- 2 Diskussionspunkte internationaler Politik. Traditionell konnten wir jedoch von einer
- 3 engen, stabilen und gefestigten Kooperation sprechen, welche sich Großteils weiterer
- 4 Diskussion entzog.
- 5 Nach den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen ist das transatlantische Verhältnis
- 6 vermehrt wieder in Diskussion gekommen: Wenn der Präsident seine eigenen
- 7 Wahlkampfaussagen
- 8 vergisst, für Journalist*innen die erste Quelle nicht mehr die Sprecher*innen des Weißen
- 9 Hau ses sondern Twitter sind oder langjährig bestehende Bekenntnisse zum
- 10 Internationalismus, zu Bündnissen und Organisationen als „obsolet“ betitelt werden, dann
- 11 müssen wir die Frage unseres politischen Verhältnisses zu den USA wieder stellen.
- 12 Donald Trump obliegt die Leitlinienkompetenz der US-Politik. Trotz der klaren Ablehnung
- 13 seiner Positionen müssen wir in der Außenpolitik sein Amt und seine demokratische
- 14 Legitimation anerkennen. Auf dieser Basis – und nur dieser Basis – muss eine
- 15 Zusammenarbeit mit den USA als starke Partnerin der Europäischen Union fortgesetzt werden.
- 16 Wir stellen fest, dass für eine auf Freihandel angelegte Außenpolitik das transatlantische
- 17 Verhältnis immer Grund zur Diskussion bietet. Wir müssen dabei aber vermeiden in bestimmte
- 18 Reflexe zu verfallen.
- 19 Wir wollen deshalb unsere Freihandels- sowie transatlantische Politik zusammenfassend an
- 20 folgenden Punkten festmachen:
- 21 • Pauschale Amerikakritik und Antiamerikanismus lehnen wir ab. Wir setzen auf klare
- 22 politische Analysen, die sich mit den problematischen Bewegungen der USA
- 23 auseinandersetzen. Hierbei muss auf eine Trennung des Amtes des Präsidenten der
- 24 Vereinigten Staaten und der jeweiligen Inhaber*in geachtet werden.
- 25 • Die NATO ist und wird auf absehbare Zeit ein Faktor in der internationalen Politik
- 26 darstellen. Wir wollen darauf abzielen, dass humanitäre Missionen stärker von der
- 27 NATO in den Blick genommen werden. Vor allem unsere osteuropäischen Mitglieder setzen
- 28 ihr Vertrauen in die NATO und deswegen muss zumindest bis zu der effektiven

- 29 der europäischen Politik bleiben.
- 30 • Die progressive internationale Sicherheitsarchitektur muss sich in absehbarer Zeit
31 weiterhin auf die Transatlantische stützen. In einer Zeit, in welcher massive
32 Menschenrechtsverletzungen in vielen Konflikten stattfinden, ist es nicht
33 empfehlenswert diese Kooperation in Frage zu stellen.
- 34 • Wir wollen weiterhin – im Rahmen unserer internationalen Arbeit – die gegenseitigen
35 Kontakte verstärken. Derzeit sehen wir die Demokratische Partei als einzige
36 realistische progressive Regierungsalternative, weshalb wir im Rahmen von
37 Parteibündnissen die Kooperation mit gerade dieser Partei verstärken wollen.
- 38 • Gerade im Kontext der aktuellen politischen Ziele wollen wir weiterhin evaluieren,
39 wie wir mit internationalen Kooperationen und Freihandelsabkommen daran arbeiten
40 können, dass es zu konkreten Verbesserungen der Lebensverhältnisse der Menschen auf
41 beiden Seiten des Atlantiks kommt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 03: Die Europäische Union soll Union der Republiken werden

Laufende Nummer: 5

Antragsteller/in:	Paul Meyer-Bussian (JEF Thüringen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Die Europäische Union soll Union der Republiken werden

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Die Jungen Europäischen Föderalisten bekennen sich zum einem europäischen und
- 2 demokratischen Bundesstaat. Jedoch gibt es in der EU einige Mitgliedsstaaten, in welchen
- 3 es noch immer monarchische Staatsoberhäupter oder gleichartig besetzte legislative Kammern
- 4 gibt.
- 5 Die JEF sieht darin einen erheblichen Widerspruch und fordert die Mitgliedsstaaten der EU
- 6 auf, sich von ihren monarchischen und aristokratischen Altlasten zu befreien.
- 7 Im Detail fordert die JEF:
 - 8 • Abschaffung von monarchischen und aristokratischen Titeln
 - 9 • Ersetzen von monarchischen und aristokratischen Kammern und Staatsoberhäuptern durch
 - 10 tatsächlich demokratisch legitimierte Pendanten
 - 11 • So genannter „Kronbesitz“ soll zu einem tatsächlichen Teil des entsprechenden
 - 12 Mitgliedsstaates werden und sich entsprechend den Regeln und Gesetzen des respektiven
 - 13 Mitgliedsstaates und der EU beugen

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 04: Umgang der EU mit Krisen in Anrainergebieten

Laufende Nummer: 6

Antragsteller/in:	JEF Nordrhein-Westfalen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Umgang der EU mit Krisen in Anrainergebieten

Der Bundeskongress hat beschlossen:

1 Einleitende Absätze

2 Mit diesem Antrag schlagen die JEF Deutschland ein Modell vor, mit welchem das zentrale
3 humanitäre und außenpolitische Problem unserer Zeit gehandhabt werden sollte:
4 Bürgerkriege, Naturkatastrophen und wirtschaftliche Fehlentwicklungen, aber auch
5 diplomatische Fehler sowohl im Vorfeld als auch im Management bereits eskalierter Krisen
6 haben in Regionen wie der Ukraine, Syrien und weiten Teilen Nordafrikas Staaten
7 destabilisiert und einstmals intakte Gesellschaften in Auflösung versetzt. Dies hat in den
8 letzten Jahren in einem solchem Ausmaß und unter Hervorrufung heftiger Effekte
9 stattgefunden, wie die Politiker der Gegenwart es noch nicht kannten. Niemand kann mehr
10 bestreiten, dass die EU einerseits eine moralische Verantwortung zum Beitrag einer Lösung
11 dieser Krisen hat, als auch andererseits ein Interesse, etwa auf Ebenen der Politik, der
12 inneren wie der äußeren Sicherheit, der Wirtschaft; dass diese Konflikte konstruktiv und
13 nachhaltig beigelegt werden. Das hier vorgestellte Fahrplanmodell formuliert keinen
14 Schwenk im außenpolitischen Selbstverständnis der EU. Der Einsatz robuster Kräfte bleibt
15 Ultima Ratio, wobei das Feststellen der Hemmschwelle dieser Einsätze eine wichtige
16 Eigenschaft zugunsten der Ernsthaftigkeit des außenpolitischen Handelns der EU ist.

17 1. Mit Anrainergebieten sind Regionen gemeint,

18 1. zu welchen direkte EU-Außengrenzen bestehen,

19 2. welche Mittelmeeranrainer sind,

20 3. von welchen Flüchtlingsströme in maßgeblichem Ausmaß in die Europäische Union
21 ausgehen. Ein maßgebliches Ausmaß ist solcherart zu sehen, dass es den Umfang
22 von Massenmigration aufweist, oder dies im Zusammenspiel mit zusätzlichen
23 benachbarten Flüchtlingsströmen tut.

24 2. Die vielschichtigen Krisen, auf welche mit diesem Fahrplan (Roadmap) reagiert werden
25 soll, zeichnen sich nach gängigen aktuellen Analysen aus durch

26 1. kategorische Merkmale von bereits gescheiterten Staaten, die da sind: Poröse
27 Grenzen, mangelnde Infrastruktur, damit einhergehend ein Verlust an
28 Rechtsstaatlichkeit und der Gewährleistung grundlegender Bürger- und auch
29 Menschenrechte;

30 2. gewalttätig-umstürzlerische Prozesse, wie wir sie zeitgenössisch etwa durch die
31 sg. "arabischen Frühlinge" und die Majdan-Revolte, beobachtet haben. Diese

32 Probleme haben eine Vielzahl von Akteuren nicht zuletzt auf globaler Ebene auf
33 den Plan gerufen und den Eindruck anhaltender Instabilität in Anrainerregionen
34 der EU hinterlassen.

35 3. In der bisherigen bürokratischen Verfassung kann die EU solche Krisensituationen
36 nicht bewältigen. Ebenso führen die bestehenden internationalen Strukturen der UN
37 oder NATO zu diplomatischen Sackgassen. Das Vorhandensein eines Fahrplans als
38 eigenständiger und von Denkschemata "West" und "Ost" stärker unabhängiger EU-
39 Außenpolitik führt sowohl zu einer engen kooperativen Diplomatie als auch zur
40 Umsetzung ggf. zu treffender Maßnahmen. Die Form des Umgangs mit den angesprochenen
41 Krisen soll die eines Fahrplans sein. Dieser enthält nicht nur das Herbeiführen
42 politischer Lösungen sondern auch gestaffelte Maßnahmen mit jeweiligen Auslösern zur
43 Durchsetzung notwendiger stabilisierender und humanitärer Maßnahmen. Dabei soll das
44 „Bohren Dicker Bretter“ nicht ausgelassen werden: Unangenehme Themen welche
45 einerseits als Ursache für bestehende Krisen (bisherige Formen wirtschaftlicher
46 Einflussnahme in Schwellenländern), andererseits als ihre Folgen (Flüchtlingsströme)
47 analysiert wurden, sind untrennbar mit den anstehenden Krisen verbunden. Mögliche
48 Herangehensweise an diese eigentlich singulär zu behandelnden Themen können an dieser
49 Stelle also nicht außen vor gelassen werden.

50 Operative Absätze

51 Die Roadmap soll folgende Schritte vorsehen, welche sukzessive bei anhaltendem
52 dekonstruktiven Verhalten eines oder mehrerer maßgeblicher Beteiligter durchgeführt
53 werden:

- 54 1. Diplomatische Vermittlung: Ein runder Tisch soll unter Schirmherrschaft und
55 Moderation der EU eingerichtet werden. Es wird der Versuch unternommen, alle in der
56 betroffenen Region involvierten Akteure zu versammeln. Stellvertretend für die EU
57 nimmt die außenpolitische Vertretung der EU teil. Dieser Runde Tisch soll für die
58 Dauer der Behebung des Konfliktes eine ständige Anlaufstelle für Beschwerden
59 einzelner Beteiligter sowie eine Plattform zur Absprache untereinander sein. Damit
60 wird auch eine das Vorgehen legitimierende Einigung auf UN Ebene unterstützt.
- 61 2. Beginn wirtschaftlicher Sanktionen durch die EU: Bei anhaltendem dekonstruktiven
62 Verhalten einzelner Akteure sollen diese sukzessive durch die Durchführung von
63 wirtschaftlichen Sanktionen zu einem Einlenken bewegt werden.
 - 64 1. Anfängliche Gezielte Sanktionen gegen Individuen und Konzerne.
 - 65 2. Umfassendere Sanktionen unter Inkaufnahme negativer Effekte in der betroffenen
66 Region.
- 67 3. Anschließende militärische Vorbereitungen bei vorherigem Scheitern der Verhandlungen,
68 dürfen nur in enger Abstimmung mit der internationalen Staatengemeinschaft
69 durchgeführt werden.
 - 70 1. Aktivierung militärischer Kräfte für den Fall, dass ein friendensschaffender
71 oder -sichernder militärischer Einsatz nötig wird.
 - 72 2. Die Grenzen der betroffenen Region müssen abgesichert werden, indem unter
73 Abstimmung am Runden Tisch und möglichst auf Basis eines UN-Mandats EU-Truppen
74 entsprechende taktische Maßnahmen zur Konflikteingrenzung ergreifen. Dazu sollte
75 die Kooperation von Nicht-EU-Anrainer-Drittstaaten eingeholt werden. Somit kann
76 die Durchführung sowohl humanitärer als auch militärischer Aktionen vorbereitet

77 werden.

- 78 3. Einrichtung demilitarisierter Zonen: In den betroffenen Regionen müssen die
79 Grenzkorridore demilitarisiert werden, um eine humanitäre Unterstützung
80 gewährleisten zu können und die Ausbreitung des militärischen Konflikts zu
81 unterbinden. Dies muss durch eine friedenssichernde Präsenz der EU geschehen.
- 82 4. Entstehung und Verlauf von Flüchtlingsströmen als eine maßgebliche Erscheinung der
83 hier behandelten Krisen sollten im Rahmen einer europäischen Flüchtlings- und
84 Integrationspolitik bewältigt werden. Dazu gehört zunächst sowohl ein einheitliches
85 europäisches Einwanderungs- als auch Asylrecht, was per se eigenständige politische
86 Themenfelder sind. Außerdem sollten Maßnahmen getroffen werden, Zivilisten nicht zu
87 Opfern im Rahmen erwartbaren Kollateralschadens werden zu lassen. Eine Lösung zur
88 Kanalisierung der Flüchtlinge könnten Systeme humanitärer Auffanglager von den
89 betroffenen Regionen bis hinein nach Europa sein. Ebenfalls sollten Maßnahmen zur
90 Registrierung und Verteilung der Flüchtlinge in ein solches System eingebunden
91 werden. Denkbar ist im Rahmen der Registrierung auch die Einflechtung eines Systems,
92 welches benötigte Fachkräfte oder hilfsbedürftige Familien bevorzugt weiterleitet.
- 93 5. International abgestimmte Friedensmission:
- 94 1. Mittelfristiges Ziel solcher Einsätze muss die Installation einer die
95 Menschenrechte achtenden Regierung von solcher Form sein, welche bestehende
96 regionale, akzeptierte Eliten einbindet und der Korruption vorbeugt.
- 97 2. Langfristiges Ziel muss die Unterstützung der Gesellschaften vor Ort dabei sein,
98 sich eine nachhaltige Regierungsform zu geben, welche die drei bekannten
99 Gewalten trennt, sowie unabhängige Medien, die Meinungs- und
100 Versammlungsfreiheit und ein Bildungssystem gewährleistet, deren Inhalte frei
101 von Steuerung durch die amtierende Regierung sind.

102 Das Auslösen dieser Instrumente soll jeweils und fallbezogen im Europäischen Parlament
103 entschieden werden.

104 **Ausblick**

105 Ein einmal befriedetes und stabilisiertes Gebiet kann und muss wieder vollwertiges und
106 selbstbewusstes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft sein. Hierzu soll die EU
107 eine Bereitschaft zur Schaffung besonderer wirtschaftlicher und militärischer Beziehungen
108 zeigen, wie etwa das Gewähren von Existenzgarantien.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 05: Der Telekommunikationsmarkt muss geöffnet werden!

Laufende Nummer: 7

Antragsteller/in:	JEF Nordrhein-Westfalen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Der Telekommunikationsmarkt muss geöffnet werden!

Der Bundeskongress hat beschlossen:

1 Durch die künstliche Trennung der Telekommunikationsmärkte wird der Wettbewerb zum
2 Nachteil der Kund*innen behindert und Telekommunikationsfirmen haben es leicht, den Markt
3 zu kontrollieren. Bisher werden Lizenzen für Mobilfunkfrequenzen oder das Verlegen von
4 Kabeln national vergeben, aber europäisch ausgeschlossen. Große Firmen können sich auch in
5 mehrere nationale Telekommunikationsmärkte einkaufen, während dies für kleinere Anbieter
6 zu teuer oder aufwendig ist. Nur in einem vollständig europäisierten
7 Telekommunikationsmarkt ist der Wettbewerb fair. Damit könnte sich auch das Problem der
8 Roaming-Gebühren erledigen. Bis jetzt gibt es eine Fair-Use-Policy: Die
9 Telekommunikationsfirmen begrenzen die Auslands-Roaming-Nutzungszeit der Kund*innen, da
10 die an den Netzbetreiber im jeweiligen Land zu zahlenden Nutzungsgebühren ansonsten nicht
11 tragbar wären. Innerhalb von Ländern passiert dies aber nicht: Ist gerade kein Mast des
12 eigenen Anbieters in der Nähe, passiert technisch genau das gleiche Roaming wie im
13 Ausland, indem man ein anbieterfremdes Netz benutzt und der eigene Anbieter dafür Gebühren
14 an den Fremdanbieter zahlt. Wegen des offenen Marktes innerhalb eines Landes wird das aber
15 nicht zum Problem, weil es nicht passiert, dass ein Anbieter irgendwo gar nicht vertreten
16 ist, weil er sich den Marktzugang nicht leisten konnte. Diese relativ unproblematische
17 Situation ließe sich durch eine Europäisierung des Kommunikationsmarktes auch in Europa
18 realisieren.

19 Ein einheitlicher Markt wird es auch europäischen Unternehmen ermöglichen, international
20 kompetitiver zu sein, weil sie es sich nicht mehr leisten können, von einer geschützten
21 Marktposition zu profitieren.

22 Ein einheitlicher Rechtsrahmen für Digitale Dienste!

23 Telefon- und Internetnetze sind jedoch nur ein Aspekt im Digitalen Binnenmarkt. Auch das
24 Datenschutz- und Urheberrecht variiert innerhalb der EU stark. In den USA muss sich ein
25 Startup einmal mit den Gesetzen beschäftigen und hat dann einen Markt mit über 325
26 Millionen potentiellen Kunden zur Verfügung. In der EU aber muss man sich auf 28
27 unterschiedliche Gesetzgebungen einstellen, wenn man die 512 Millionen Kunden erschließen
28 will. Dies führt wiederum dazu, dass große Unternehmen, die es sich leisten können, in
29 jedem Land Anwälte zu bezahlen und ihren Dienst zu modifizieren, einen Wettbewerbsvorteil
30 gegenüber Startups haben. Dadurch wird die Gründerkultur in Europa behindert und wir
31 geraten ins Hintertreffen.

- 32 Dieser Antrag wird auch dem Bundeskongress der Europa-Union Deutschland, dem Kongress der
- 33 JEF Europe und der UEF bei der nächstmöglichen Gelegenheit vorgelegt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 06: EuGH stärken, Rechtsstaatlichkeit schützen!

Laufende Nummer: 8

Antragsteller/in:	JEF Nordrhein-Westfalen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

EuGH stärken, Rechtsstaatlichkeit schützen!

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Die Verträge müssen dahingehend geändert werden, dass der Europäische Gerichtshof zur
- 2 höchsten Instanz in der EU in Verfassungsfragen wird. Insbesondere sollte der EuGH:
 - 3 1. Auf Anfrage eines Drittels der Mitglieder des Europäischen Parlaments ein Gutachten
 - 4 zur Grundrechte-Rechtsstaatlichkeits- und Demokratiesituation in einem in dieser
 - 5 Anfrage spezifizierten Mitgliedsstaat erstellen. Dies ist keine Voraussetzung für
 - 6 eine Klage.
 - 7 2. Das Recht haben, Gesetze und Verfassungsänderungen in Mitgliedsstaaten, welche der
 - 8 EU-Grundrechtecharta und den grundsätzlichen Anforderungen an Demokratie und
 - 9 Rechtsstaatlichkeit nicht entsprechen, aufzuheben.
 - 10 3. Sanktionen gegen Staaten verhängen, welche solche Entscheidungen nicht umsetzen. Dies
 - 11 kann das Einfrieren von EU-Fördermitteln sowie der Entzug des Stimmrechts des
 - 12 Mitgliedsstaates im Europäischen Rat und im Rat der EU sein.
- 13 Es sind außerdem zwei weitere Veränderungen am EuGH anzubringen:
 - 14 1. Die Möglichkeit der Richter, wiedergewählt zu werden, gefährdet ihre Unabhängigkeit
 - 15 und sollte deshalb abgeschafft werden.
 - 16 2. Das Europäische Parlament sollte, so wie andere, nach den Verträgen bereits
 - 17 vorgesehene Institutionen, auch, die Möglichkeit bekommen, vor dem Europäischen
 - 18 Gerichtshof Klagen einzureichen.

Begründung

Aktuell wird die Erosion der Demokratie in Ungarn und Polen als politisches Problem behandelt, wogegen angegangen werden kann, aber nicht muss. Das ist jedoch eine falsche Betrachtung. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine Optionen, über die man je nach Präferenz entscheiden kann. Sie sind absolut notwendig, um überhaupt legitim Politik betreiben zu können. Wenn eine Regierung versucht sie abzuschaffen, muss damit nicht politisch, sondern juristisch umgegangen werden. Menschen haben einen Rechtsanspruch auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wenn eine Regierung das Rechtssystem ihres Landes lähmt, kann nur noch der Europäische Gerichtshof helfen, auf den diese Regierung keinen Einfluss hat. Sanktionen durch

andere Mitgliedsstaaten besitzen nicht die Zuverlässigkeit eines Gerichts und tragen außerdem zu Konflikten zwischen Mitgliedsstaaten bei. Der Europäische Gerichtshof ist deshalb die Institution, die sich um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie kümmern sollte, wenn die nationale Gerichtsbarkeit versagt.

Antrag P 07: Positionspapier zum EU-Weißbuch von J.-C. Juncker

Laufende Nummer: 10

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Positionspapier zum EU-Weißbuch von J.-C. Juncker

Der Bundeskongress hat beschlossen:

1 Wir als JEF wollen die EU weiterentwickeln. Unser Ziel sind dabei die „Vereinigten Staaten
2 von Europa“. Als Ansatzpunkt für die Diskussion um die Weiterentwicklung der Europäischen
3 Union hat Jean-Claude Juncker das Weißbuch vorgelegt, dessen fünf Szenarien wir vorliegend
4 kritisch beleuchten wollen. Diese Positionierung erlaubt es uns, sowohl nach innen, als
5 auch nach außen, sich aktiv in den Diskussionsprozess um die Reformen der EU einzumischen.

6 **1. Szenario: Weiter so wie bisher**

7 Die JEF sollte diesem Szenario des “Weiter so wie bisher” kritisch gegenüber stehen. Das
8 jetzige System ist noch nicht ausreichend darauf eingestellt, auf moderne und aktuelle
9 Krisen zu reagieren. Zum Beispiel funktioniert das von der Kommission vorgeschlagene
10 System der Flüchtlingsverteilung bis heute nicht. Die Europäische Union kann solche
11 weiteren Krisen nicht überstehen, sondern muss sich verändern. Ein “Weiter so wie bisher”
12 ist dabei für uns als pro-europäische Organisation keine Lösung.

13 **2. Szenario: Schwerpunkt Binnenmarkt**

14 Der Binnenmarkt ist zweifellos eine der größten Errungenschaften der Europäischen
15 Integration, sowie der erste gemeinsame Nenner der europäischen Einigung der
16 Mitgliedstaaten. Dennoch begreifen wir die europäische Union nicht nur als ein
17 Wirtschaftsmodell der Nationalstaaten, sondern sehen in ihr auch ein gemeinsames
18 Lebensmodell und Wertegemeinschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt. Die EU hat
19 auch in ihrer gegenwärtigen Verfassung mehr zu bieten, wie Schengen, die Gemeinsame Außen-
20 und Sicherheitspolitik, das Unionsrecht, der Euro etc. Europa braucht mehr Demokratie und
21 Parlamentarismus, einer Konzentration auf den Binnenmarkt stehen wir weiterhin kritisch
22 gegenüber.

23 **3. Szenario: Wer mehr tun will, tut mehr**

24 Ein “Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten” könnte eine Möglichkeit sein, die EU
25 zumindest teilweise weiterzuentwickeln. Bei diesem Szenario sehen wir Chancen und Risiken
26 gleichermaßen, die wir in einem offenen Diskussionsprozess der JEF berücksichtigen
27 sollten. Als Chance sehen wir die Möglichkeit gegen den Willen einiger Länder, die
28 Europäische Union zumindest in bestimmten Bereichen weiterzuentwickeln. So zumindest
29 würden wir einen Raum schaffen, der die Möglichkeit eröffnet, dass progressive Ideen sich
30 frühzeitig entfalten können. Andererseits sehen wir auch die Befürchtung einiger

31

Mitgliedstaaten, durch ein "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" vom europäischen Reformprozess abgehängt zu werden. Sollten wir ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten in Betracht ziehen, so muss für jeden Mitgliedstaat zu jeder Zeit die Möglichkeit bestehen, weitere Reformschritte vorzunehmen und bei bereits bestehenden Integrationsstufen mitzuwirken. Zudem werden dadurch institutionelle Grundprobleme der EU nicht gelöst.

37 **4. Szenario: Weniger, aber effizienter**

38 Einer Konzentrierung auf einzelne Teilbereich der EU sollten wir jederzeit kritisch
39 gegenüberstehen. In einzelnen Bereichen wäre es sicherlich sinnvoll im Rahmen des
40 Subsidiaritätsprinzips Kompetenzen von der europäischen auf die nationale Ebene zurück zu
41 verlagern, jedoch braucht die EU dringend mehr Zusammenarbeit bei dem Euro, bei der
42 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, beim Klimaschutz, beim Datenschutz, bei
43 sozialen Mindeststandard oder auch bei der Jugendarbeitslosigkeit. Die EU würde vielleicht
44 schneller, einfacher und verständlicher funktionieren, bliebe jedoch weit unter ihren
45 Möglichkeiten.

46 **5. Szenario: Viel mehr gemeinsames Handeln**

47 Insgesamt ist hervorzuheben, dass wir als JEF das Weißbuch der Juncker-Kommission
48 begrüßen. Es ist in der aktuellen Krisensituation der EU wichtig, mögliche
49 Zukunftsszenarien darzustellen und über diese zu diskutieren. Erst durch die Vorstellung
50 des Weißbuches und der kritischen Diskussion dieses gelingt es uns herauszustellen und
51 aufzuzeigen, dass nur ein gemeinsames Handeln für uns als JEF denklogische Konsequenz ist.
52 Seit 70 Jahren setzen wir uns bereits für ein vereintes Europa ein und wir verteidigen
53 dieses gemeinsame Handeln in unserer täglichen Arbeit. Wir sind überzeugt, dass durch den
54 europäischen Föderalismus viele Entscheidungsverfahren demokratischer und das Europäische
55 Parlament gestärkt werden würde. Dadurch wäre es einfacher für die Europäischen
56 Bürger*innen die EU zu verstehen und die Vorteile würden deutlich sichtbar werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 08: Resolution zum Pariser Klimaabkommen

Laufende Nummer: 11

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Resolution zum Pariser Klimaabkommen

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Nach Jahren erfolgloser Klimagipfel stellt das Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 ein
- 2 Erfolg der Weltgemeinschaft im Kampf gegen die Klimakatastrophe dar. Bis zum heutigen Tag
- 3 haben bereits 153 Staaten das Abkommen ratifiziert. Dieses Abkommen müssen wir alle und
- 4 vor allem die Europäische Union aufs schärfste verteidigen. Wir begrüßen daher, dass das
- 5 Abkommen vom G20- Gipfel in Hamburg erneut bekräftigt wurde. Vor allem nach der
- 6 Ankündigung
- 7 Trumps, dass die USA aus dem Klimaabkommen aussteigen wolle, müssen wir uns unserer
- 8 Verantwortung für den Kampf gegen die Klimakatastrophe bewusst werden und das
- 9 Abkommen,
- 10 auch wenn es Schwachstellen hat, verteidigen.

- 11 Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre führende Rolle in den
- 12 Verhandlungen nun auch in der Durchsetzung beibehalten. Wir begrüßen daher, dass die
- 13 Europäische Union im Namen all ihrer Mitgliedstaaten bereits ihre national festgelegten
- 14 Beiträge (INDCs) eingereicht und veröffentlicht hat. Vor allem begrüßen wir den geplanten
- 15 Rückgang von 40% der Treibhausgase. Jedoch muss nun befürchtet werden, dass einige
- 16 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, unter anderem auch Deutschland, die selbst
- 17 gesteckten hohen Klimaziele verfehlen werden.

- 18 Wir wollen alle daran erinnern, welche Wichtigkeit die Erreichung der Klimaziele und ein
- 19 verringertes Ansteigen der weltweiten Temperatur für das Überleben auf unserem Planeten
- 20 und für unsere Zukunft darstellt. Des Weiteren sollte aber die Europäische Union einen Weg
- 21 finden, Mitgliedstaaten, die ihre Klimaziele nicht erreichen, zu sanktionieren und im
- 22 Einzelfall bei der Erreichung der Klimaziele zu unterstützen. Zur Verbesserung des
- 23 europäischen Klimaschutzes wurde daher auch die Energieunion vorgeschlagen, die den
- 24 europäischen Energie- und Umweltbereich klimafreundlich gestalten soll.

- 25 Ein wichtiges Element des Pariser-Abkommens war der Green Climate Fund (GCF), der
- 26 Entwicklungsländer bei der Umsetzung ihrer Klimaziele finanziell unterstützen soll. Der
- 27 Fond ist bereits in Arbeit und es wurden bereits 2,2 Mrd. der versprochenen 10 Mrd.
- 28 eingezahlt. Durch die Zurückhaltung der US-Regierung bezüglich des Kampfes gegen die
- 29 Klimakatastrophe wird befürchtet, dass dieser Fond leiden wird. Dies dürfen wir als JEF
- 30 und vor allem die Europäische Union nicht erlauben. Der GCF ist die Voraussetzung dafür,
- 31 dass wir eine globale Strategie gegen die Klimakatastrophe verfolgen können und auch
- 32 Entwicklungsländer, die zumeist stärker durch die Klimakatastrophe betroffen sind, eine

31 positive Entwicklung garantiert werden kann. Sollte die Arbeit des Fonds tatsächlich durch
32 die Zurückhaltung der USA gefährdet werden, so müssen sich die Europäische Union und ihre
33 Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung für den globalen Kampf gegen die Klimakatastrophe
34 annehmen und einen größeren Teil des Fonds bereitstellen.

35 Auch wenn wir bisher die positiven Seiten des Pariser Klimaabkommens in den Vordergrund
36 gestellt haben, so sollten wir uns nicht davon täuschen lassen, welche Unzulänglichkeiten
37 das Abkommen darstellt. Anstatt den selbst gesetzten Klimazielen, wird zum Beispiel ein
38 Preis auf Emissionen vorgeschlagen, die im Rahmen der G20 eingeführt werden könnte und
39 langfristig viel effektiver zu einem Rückgang der Emissionen führen würde. Das System
40 könnte sich dabei an dem in der EU bereits vorhandenen Emissionshandel orientieren. Dieser
41 ist jedoch in der Hinsicht unzulänglich, dass die Preise auf Emissionen viel zu niedrig
42 sind, um einen effektiven Klimaschutz dadurch umzusetzen. Bedenkt man, dass die G20-
43 Staaten den Großteil der weltweiten Emissionen zu verantworten haben, so ist dieses Forum
44 grundsätzlich ein guter Ort, um neue und weitergehende Vorschläge durchzusetzen. Die EU
45 sollte sich in diesem Forum dafür einsetzen, zwischen den G20-Staaten einen
46 Emissionshandel einzuführen.

47 Der Kampf gegen die Klimakatastrophe geht weiter und wir müssen dabei sowohl das Pariser
48 Klimaabkommen verteidigen, wie auch neue Strategien entwickeln und durchsetzen. Dabei
49 fordern wir Junge Europäische Föderalist*innen, dass die Europäische Union und ihre
50 Mitgliedstaaten international den Kampf gegen die Klimakatastrophe anführen und dabei auch
51 ihre selbst gesteckten Ziele umsetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 09: Begrenzung der Agrar-Direktzahlungen

Laufende Nummer: 12

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatis

Begrenzung der Agrar-Direktzahlungen

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist eines der am längsten vergemeinschafteten
- 2 Politikfelder der EU. Sie ist in dem Geiste der Hungerjahre nach dem zweiten Weltkrieg
- 3 eingeführt worden, die Sicherung der Ernährung war demnach oberstes Ziel. Mit der Zeit
- 4 stiegen die gesellschaftlichen Forderungen an die Landwirtschaft. So sind die Zahlungen
- 5 mittlerweile an die Einhaltung des Greenings gekoppelt (Grünlandschutz, Fruchtfolge und
- 6 ökologische Vorrangfläche).

- 7 Einer der größten Kritikpunkte der Direktzahlungen an die Landwirte ist, dass sie nach
- 8 Fläche verteilt werden, sodass die größten Betriebe auch die höchsten Zahlungen erhalten.
- 9 Bisherige Ansätze wie die Umverteilungsprämie oder alternativ die Kürzung der Zahlungen ab
- 10 150 000 Euro um 5 Prozent sind als kosmetisch einzustufen. Großbetriebe können bereits
- 11 Größenvorteile realisieren. Sie sind in der Lage Maschinen, Gebäude und Arbeitskräfte
- 12 effektiver nutzen sowie besitzen sie eine bessere Verhandlungsposition bei der Beschaffung
- 13 und beim Absatz. Fördert man sie dann noch zusätzlich, verstärkt dies den Konkurrenzdruck
- 14 auf kleinere Betriebe, was im Endeffekt den bestehenden Strukturwandel in der Landwirtschaft
- 15 verschärft.

- 16 Wir fordern, dass die Direktzahlungen pro Betrieb begrenzt werden. Es sollte nicht mehr
- 17 als eine beschränkte Anzahl an Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche förderbar sein.
- 18 Diese Begrenzung sollte sich an der mittleren Betriebsgröße orientieren, wobei nicht der
- 19 europäische Durchschnitt sondern die nationalstaatlichen bzw. regionalen Werte genutzt
- 20 werden. Diese werden wiederum mit einem Faktor von 1,5 bis 3 multipliziert, woraus sich
- 21 dann die maximal förderbare Betriebsfläche ergibt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 10: Unionsbürger*innenschaft

Laufende Nummer: 13

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatis

Unionsbürger*innenschaft

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Die Unionsbürger*innenschaft ist eine der größten Errungenschaften der europäischen
- 2 Integration. Sie garantiert für alle Unionsbürger*innen die volle Personenfreizügigkeit.
- 3 Diese Möglichkeit der freien Wahl des Wohnortes und der Aufnahme einer wirtschaftlichen
- 4 Tätigkeit stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen unterschiedlichster
- 5 Mitgliedstaaten. Die Anzahl der Personen, die dies nutzen, ist beständig steigend.

- 6 Durch das mehrjährige Wohnen, dem möglichen Finden einer Lebenspartnerin* oder
- 7 Lebenspartners und dem Gründen einer Familie entwickelt sich zwangsläufig eine enge
- 8 Beziehung zur Gesellschaft des Wohnsitzlandes, die sich im Wunsch der Annahme der
- 9 Staatsbürger*innenschaft äußern kann. Nicht alle Mitgliedsstaaten der EU erlauben dabei
- 10 die doppelte Staatsbürger*innenschaft.

- 11 Wir fordern deshalb, dass alle Unionsbürger*innen das Recht haben sollten, die
- 12 Staatsbürger*innenschaft eines anderen Mitgliedslandes anzunehmen ohne die
- 13 Staatsbürger*innenschaft des eigenen Mitgliedslandes zu verlieren. Damit sie nicht einen
- 14 Teil ihrer europäischen Lebensbiografie verneinen müssen. Langfristig sind aber die
- 15 Staatsbürger*innenschaften der Nationalstaaten durch eine europäische Staatsangehörigkeit
- 16 zu ersetzen.

- 17 Die Unionsbürger*innenschaft ermöglicht des Weiteren im begrenzten Rahmen die Teilnahme
- 18 am
- 19 politischen Alltag im Wohnsitzland. So sind Unionsbürger*innen bereits berechtigt an
- 20 Kommunal- und Europawahlen aktiv und passiv teilzunehmen. Das Wahlrecht zu einem
- 21 nationalen Parlament besitzen sie nur, wenn sie die entsprechende Staatsbürger*innenschaft
- 22 haben. Ein Problem stellt dabei insbesondere dar, dass sie dieses verlieren, wenn sie über
- 23 einen längeren Zeitraum nicht mehr im Land ihrer Staatsangehörigkeit wohnhaft waren.

- 24 Durch die oben erwähnte Möglichkeit der einfach erlangten doppelten Staatsangehörigkeit
- 25 wird es den Bürger*innen auch ermöglicht, das aktive und passive Wahlrecht zum nationalen
- 26 Parlament im Wohnsitzland zu erlangen. Zusätzlich könnte von den Nationalstaaten noch
- 27 erwogen werden, dass Wahlrecht auf Personen zu beschränken, die ihren Wohnsitz tatsächlich
- 28 in diesem Staat haben. Sollte eine alleinige europäische Staatsangehörigkeit geschaffen
- 29 werden, ist allein der ständige Wohnsitz ausschlaggebend. Seit der Einführung der
- 30 Personenfreizügigkeit mit dem Vertrag von Maastricht 1993 ist die EU viermal erweitert

- 31 Mitgliedstaaten unterschiedlich weiterentwickelt hat. Bestimmte Personengruppen genießen
32 deshalb nicht gleichen Rechte und Pflichten in allen Mitgliedsländern, was sie in der Wahl
33 ihres Wohnortes einschränkt. Deswegen fordern wir die Einführung eines europäischen
34 Personenstandsregisters.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 11: Kostenloser Zugang zu Kultur

Laufende Nummer: 14

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Kostenloser Zugang zu Kultur

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 In Deutschland wird an vielen Stellen versucht den Zugang zu Kulturgütern so leicht wie
- 2 möglich zu gestalten. Zumeist geschieht dies durch Preisreduzierungen etwa bei Opern,
- 3 Theatern, Museen durch verschiedene Zuständigkeiten im gesamten Bundesgebiet. Ein
- 4 Schwerpunkt liegt dabei immer bei „Förderbedürftigen“: Studenten, Schülern,
- 5 Auszubildenden, Behinderten oder Rentnern. So wird die Hürde des Zugangs zu Kultur zwar
- 6 verringert, jedoch nicht beseitigt und es besteht fortwährend ein Hemmnis Kulturgüter zu
- 7 erforschen, das Schaffen verstehen zu lernen und besonders Künste zu erleben.

- 8 Die Kulturgüter, welche in der BRD gehütet werden, stellen einen Teil unserer europäischen
- 9 Geschichte dar. Im Sinne der europäischen Gemeinschaft möchten wir allen Europäern die
- 10 Möglichkeit geben unsere gemeinsame Geschichte zu erfahren, zu erforschen und zu erleben.

- 11 Dabei orientieren wir uns an unserem europäischen Nachbarn und Partner, Frankreich. Die
- 12 französische Kulturpolitik sichert allen Jugendlichen bis 26 Jahren einen kostenlosen
- 13 Zugang zu Geschichte und Kultur in den Museen zu. Durch den Nicht-Diskriminierungs-
- 14 Grundsatz der EU, festgeschrieben im Maastrichter Vertrag, kommt diese Möglichkeit auch
- 15 allen EU-Bürgern zu Gute.

- 16 Wir wollen eine gemeinsame europäische Identität schaffen und in der Gesellschaft
- 17 verankern. Dafür ist die Bildung, besonders der jungen europäischen Generation, eine
- 18 wichtige Grundlage. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, europäische Kulturgüter zu
- 19 erleben, um Europa zu leben.

- 20 Wir fordern: Jugendliche müssen Kultur frei genießen können, um Geschichte verstehen und
- 21 begreifen zu können. Kunst, Kultur und die gemeinsame Geschichte sind ein wichtiger
- 22 Pfeiler einer jeden Gesellschaft, deshalb sollte sie besonders für junge Menschen auch
- 23 frei zugänglich sein.

- 24 Wir fordern den Bundestag und die zukünftige Regierung auf, Kunst und Kultur als
- 25 förderungswürdige und schützenswerte Teile des Lebens allen Jugendlichen kostenlos zur
- 26 Verfügung zu stellen.

- 27 Wir fordern den Europäischen Kommissar Navracsics (Bildung, Kultur, Jugend) und das
- 28 Europäische Parlament auf, eine Europäische Grundlage im EU-Gesetz zu vertiefen und die
- 29 kulturelle Bildung in allen EU-Ländern allen Jugendlichen kostenlos zur Verfügung zu
- 30 stellen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 12: Europäische Sportförderung

Laufende Nummer: 15

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Europäische Sportförderung

Der Bundeskongress hat beschlossen:

1 Mit dem in Kraft treten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 wurde mit Art. 165 AEUV das
2 erste Mal ein eigener europäischer Sport-Artikel verfasst. Dieser erkennt die soziale,
3 pädagogische und transnationale Bedeutung des Sports an und beschreibt die politische
4 Rolle des Sports europäischer Ebene. Dazu bekommt die Europäische Kommission die
5 rechtliche Grundlage zur Erstellung eines eigenen Sportförderprogramms.

6 Das europäische Sportförderprogramm ist aktuell von 2014 bis 2020 ausgeschrieben und
7 erschließt sich hauptsächlich darin, dass über das Programm Erasmus+ verschiedene Formate
8 co-finanziert werden. Dazu gibt es Förderprogramme in Bereichen Regionalpolitik,
9 Gesundheitspolitik und gegen Diskriminierung. Die Europäische Kommission kümmert sich bei
10 allen Projekten ausschließlich um die Ausschreibung und die Verwaltung der Projekte.

11 Wir fordern, dass im neuen Förderprogramm für den Zeitraum 2020 bis 2026 die Europäische
12 Kommission eine aktivere Rolle einnimmt. Dabei geht es uns nicht darum, eine Konkurrenz zu
13 nationalen Programmen zu schaffen, sondern durch die vorhandenen finanziellen und
14 praktischen Möglichkeiten eine größere Nachhaltigkeit der Programme und Projekte zu
15 gewährleisten.

16 Ähnlich wie es etwa bei der zentralen Organisation des Europäischen Olympischen
17 Jugendfestivals der Fall ist, (welches transnational vom Europäischen Olympischen Komitee
18 durchgeführt wird) möchten wir, dass europäische Jugendliche besonders aus dem Breiten-
19 und Amateursportbereich im sportlichen Kontext über ihren Horizont hinaus blicken
20 und Europa kennen und leben lernen.

21 Sport schafft Interaktion und Kommunikation zwischen den Menschen, insbesondere im
22 Breiten- und Amateursport. Daraus resultiert Austausch und Freundschaften zwischen den
23 Sportlern, lokal in den Kommunen aber auch auf europäischer Ebene. Freundschaften und
24 Verständnis für andere europäische Kulturen sind wichtig für eine gemeinsame europäische
25 Identität. Dafür erachten wir den Breiten- und Amateursport für besonders
26 förderungswürdig.

27 Wir fordern die Europäische Kommission auf, dass im neuen EU-Förderprogramm die
28 Europäische Kommission die direkte Organisation und Durchführung von transnationalen Sport
29 Events sowie eine stärkere Unterstützung von privaten Organisationen übernimmt, um den
30 europäischen Gedanken im Breitensport zu fördern. Diese Unterstützung sollte sowohl
31 monetäre Grundlagen, als auch Expertise für die Organisationen bereitstellen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 13: Stärkung der (Menschen)Rechte von LGBTQI*+ Personen

Laufende Nummer: 17

Antragsteller/in:	JEF Thüringen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Stärkung der (Menschen)Rechte von LGBTQI*+ Personen

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Die Jungen Europäischen Föderalisten Thüringen...
- 2 • FESTSTELLEND, dass in der Europäischen Union durch die
- 3 europäische Menschenrechtskonvention die Gleichheit, Freiheit und Individualität
- 4 aller Menschen in den Ländern der Europäischen Union gewährleistet werden muss
- 5 • VERWEISEND, auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948
- 6 • und WAHRNEHMEND des beschlossenen Antrages „Für ein Europa der Familie und Liebe“
- 7 von
- 8 der Landesversammlung der Jungen Europäischen Föderalisten Thüringen 2014
- 9 FORDERN:
- 10 1. Die europaweite Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sowie deren
- 11 rechtliche und steuerliche Gleichstellung zu traditionellen, heteronormativen
- 12 Partnerschaften.
- 13 2. Die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, Kinder adoptieren zu dürfen um
- 14 ihnen eine sichere und glückliche Kindheit zu gewährleisten.
- 15 3. Dass die Änderung des Geschlechts für Intersex*-, Queer*- und
- 16 Trans*personen europaweit vereinheitlicht und vereinfacht werden soll. Behörden
- 17 sollen auch vor der Änderung im Personenstandswesen die Personen im gewählten
- 18 Geschlecht anreden und entsprechende Pronomen verwenden.
- 19 4. Die Einführung von Unisextoiletten, -duschen und -umkleiden in öffentlichen
- 20 Gebäuden um Intersex*-, Queer*-, und Trans*personen einen Ort bereitzustellen, auf dem sie ohne Ängste und Zwänge auf Toilette gehen können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 14: Anti-Terror-Politik der EU

Laufende Nummer: 18

Antragsteller/in:	JEF Thüringen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Anti-Terror-Politik der EU

Der Bundeskongress hat beschlossen:

1 Die Jungen Europäischen Föderalisten

- 2 • betonend, dass der Kampf gegen Terror eine wichtige Herausforderung für die
3 Sicherheit global und innerhalb der EU darstellt,
4 • feststellend, dass die Europäische Union gemäß den Verträgen nur begrenzt
5 handlungsfähig im Bereich der Terrorismusbekämpfung ist (Missionen im Ausland zum
6 Kampf gegen Terrorismus nach einstimmigem Ratsbeschluss gemäß Artikel 42 Abs. 1 und 4
7 in Verbindung mit Art. 43 Abs. 1 EUV; Maßnahmen gegen die Terrorismusfinanzierung
8 gemäß Art. 75 AEUV im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren; sowie Mindestvorschriften
9 für Straftaten im
10 Bereich des Terrorismus gemäß Art. 83 AEUV),
11 • überzeugt, dass die Frage der Grenzsicherung bei der Bekämpfung des Terrorismus
12 keine bedeutende Rolle einnimmt, da die Terrorismus zu Grunde liegenden Ideologien
13 auch an geschlossenen Grenzen nicht Halt machen, die innere Einstellung von
14 Grenzen überquerenden Menschen in der Regel nicht festgestellt werden kann und zudem
15 eine Radikalisierung von zu Hause aus, über das Internet, und im Zusammenhang mit dem
16 sozialen Umfeld sowie der sozialen Lage der Einzelnen wahrscheinlicher ist,
17 • darauf hinweisend, dass präventive Maßnahmen das wichtigste Instrument für
18 eine langfristige Bekämpfung terroristischer Aktivitäten darstellen,

19 Fordern:

- 20 1. die Fortführung ziviler Missionen zur Terrorismusbekämpfung außerhalb der
21 Europäischen Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unter
22 zentraler Kontrolle der EU,
23 2. eine Änderung der Verträge dahingehend, dass die Bekämpfung von Terrorismus
24 innerhalb der Europäischen Union zur geteilten Zuständigkeit gemäß Art. 2 Abs. 2 AEUV
25 wird,
26 3. die Europäische Kommission dazu auf, einen Verordnungsentwurf zur Fusion von
27 IntCen und des EU Counter Terrorism Centers als Untereinheit von Europol
28 einzubringen, der die Aufgaben der neu geschaffenen Einheit klar definiert und ihre
29 Arbeit einer parlamentarischen Kontrolle unterwirft. So soll eine effektive und
30 grundrechtskonforme Arbeit zur Bekämpfung von Terrorismus gewährleistet werden. Unter
31 anderem sollen der Einheit genügend personelle und finanzielle Ressourcen zur Analyse

- 32 von Werbestrategien terroristischer Vereinigungen zur Verfügung gestellt werden.
33 Nationale Daten und Informationen über die terroristischen Vereinigungen sollen in
34 dieser Einheit zusammenlaufen,
35 4. im Zusammenhang mit Punkt 3 ein Festhalten am Grundsatz der loyale
36 Zusammenhalt gemäß
37 Art. 4 Abs. 3 EUV um den notwendigen konstanten Fluss von Informationen aus
38 den Mitgliedsstaaten an die neu geschaffene Einheit zu gewährleisten,
39 5. die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher
40 Initiativen, die sich mit der Prävention gegen Terrorismus beschäftigen
41 6. die Verstärkung des Radicalisation Awareness Network (RAN) als eine Vernetzungsstelle
für in der Prävention aktive Expert*innen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 15: Antrag zur Einführung eines europäischen Mindestlohns

Laufende Nummer: 19

Antragsteller/in:	JEF Thüringen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Antrag zur Einführung eines europäischen Mindestlohns

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Die Jungen Europäischen Föderalisten Thüringen,
- 2 • IN DER ÜBERZEUGUNG, dass die wirtschaftliche Integration Europas auch eine
- 3 Integration der Rechte von Arbeitnehmer*innen zur Folge haben muss,
- 4 • IN DEM BEWUSSTSEIN, dass Arbeitnehmer*innenrechte einen unabdingbaren Teil
- 5 des europäischen Wertekanons darstellen,
- 6 • dabei BEZUG NEHMEND auf die Errichtung der Europäischen Säule sozialer Rechte
- 7 (ESSR) sowie die Ziele europäischer Sozialpolitik, wie sie in Artikel 151 des
- 8 Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vorgesehen sind,
- 9 • FESTSTELLEND, dass einige Mitgliedsstaaten nach wie vor versuchen, über
- 10 Lohndumping einen Wettbewerbsvorteil auf dem Rücken von Beschäftigten zu erlangen,
- 11 • SICH BESORGT ZEIGEND, dass in etlichen europäischen Staaten die
- 12 Tarifdeckungsraten sowie der gewerkschaftliche Organisationsgrad abnehmen,
- 13 • DAVON ÜBERZEUGT, dass faire und angemessene Löhne nicht als Kostenfaktor
- 14 gesehen werden sollten, sondern der Verwirklichung des Binnenmarktes und
- 15 der Arbeitskräftemobilität innerhalb der Union dienen,
- 16 FORDERN,
- 17 1. Die Einführung eines europäischen Mindestlohnes, der zunächst 50%, später 60%
- 18 des jeweils branchenspezifischen Durchschnittslohns. innerhalb eines Mitgliedsstaates
- 19 betragen soll.
- 20 2. Eine Änderung der Verträge dahingehend, dass die Union in Fragen der Lohnfindung
- 21 eine geteilte Zuständigkeit gemäß Artikel 2 Absatz 2 AEUV erhält.
- 22 3. Einen Überprüfungsmechanismus der EU-Kommission und die Möglichkeit
- 23 bei Nichteinhaltung der Regelung im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens der
- 24 Artikel 258-260 AEUV Sanktionen gegen die Mitgliedsstaaten zu erlassen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P 16: Korruptions- und Verbrechensbekämpfung in der EU

Laufende Nummer: 16

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Korruptions- und Verbrechensbekämpfung in der EU

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Sicherheitspolitik ist eines der wichtigsten Themen und zugleich eine der größten
- 2 Herausforderungen unserer Zeit.
- 3 Ein Ansatz zur besseren Verbrechensbekämpfung ist eine intensive Zusammenarbeit der
- 4 Sicherheitsbehörden. Seit jeher ist die mangelnde Zusammenarbeit der nationalen Behörden
- 5 nämlich ein großes Hindernis zur Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung in der EU.
- 6 Es müssen gesamteuropäische Veränderungen im Bereich der Verbrechens- und
- 7 Korruptionsbekämpfung vorgenommen werden.
- 8 Wir fordern daher eine umfassende Zusammenarbeit der europäischen Mitgliedsstaaten und
- 9 ihrer Sicherheitsdienste.
- 10 Zum einen soll das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) mehr finanzielle
- 11 Unterstützung durch die Mitgliedsstaaten erfahren, um darauf aufbauend zum anderen seine
- 12 Kompetenzen auszuweiten, sodass sämtliche Korruptionsfälle von ihm untersucht werden
- 13 können. In jedem Mitgliedsland sollen Untersektionen des OLAF entstehen, die mit den
- 14 gleichen Kompetenzen wie die jeweiligen nationalen Behörden agieren.
- 15 Zudem soll die Europäische Union aber auf jeden Fall eine Antikorruptionsrichtlinie
- 16 erarbeiten.
- 17 Außerdem fordern wir, dass Europol die Kompetenz erhält, eigene Ermittler*innenteams
- 18 aufstellen zu dürfen. Diese sollen aus Ermittler*innen der jeweils betroffenen
- 19 Mitgliedsstaaten bestehen und unter europäischer Aufsicht stehen. Die Bündelung der Kräfte
- 20 und Informationen in weniger Hände soll insbesondere der Bekämpfung der organisierten
- 21 Kriminalität oder Netzwerken des internationalen Terrorismus dienlich sein.
- 22 Wir glauben, dass die Europäische Union nur durch diese Maßnahmen den Problemen der
- 23 Gegenwart entgegenwirken und die Sicherheit der Bürger*innen garantieren kann.

Begründung

Die offenen Grenzen des Schengener Abkommens sind spürbare Zeichen des Zusammenwachsens

der Europäischen Staatengemeinschaft. Doch leider profitieren von ihnen auch das organisierte Verbrechen und der internationale Terrorismus. Trotz der größtenteils nicht mehr existierenden physischen Grenzen, markieren für die nationalen Ermittlungsbehörden ebendiese europäischen Binnengrenzen das Ende ihres Zuständigkeitsbereiches, sodass sie auf ihre Kolleg*innen in den Nachbarländern angewiesen sind.

Europol unterstützt die Behörden bei der Zusammenarbeit unter anderem mittels Datenbanken. Aktiv in Erscheinung treten können die Ermittler*innen von Europol jedoch nicht, sodass mehrere nationale Ermittler*inenteams gleichzeitig den selben Fall bearbeiten müssen. Gerade in den letzten Jahren zeigte sich, dass diese Vorgehensweise nicht mehr ausreicht, um wirksam die europäische Bevölkerung zu schützen.

Auch im Bezug auf transnationale Korruptionsbekämpfung wirkt sich die mangelnde Zusammenarbeit der polizeilichen Behörden sehr negativ aus.

Die Europäische Gemeinschaft ist in dem Geiste gegründet worden, die Freiheit und den Wohlstand der Menschen zu mehren. Mitglied konnte aber nur werden, wer die bewusst hohen Ansprüche an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllte. Gerade deshalb waren beispielsweise in den Staaten des ehemaligen Ostblocks enorme Reformanstrengungen notwendig, um diese Hürden zu nehmen und v.a. die Korruption in staatlichen Organen zu bekämpfen. Leider kommt es in einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wieder zu Rückschritten nach dem erfolgreichen Beitritt.

Antrag P 17: Europa: erlebbar machen, besser organisieren, Kompetenzen klarziehen

Laufende Nummer: 20

Antragsteller/in:	JEF Baden-Württemberg (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Programmatik

Europa: erlebbar machen, besser organisieren, Kompetenzen klarziehen

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Die Europäische Union steht vor zahlreichen Herausforderungen und die anti-europäischen
- 2 Strömungen nehmen in zahlreichen europäischen Ländern zu.
- 3 Viele Bürgerinnen und Bürger sind durch den Ruf nach Nationalstaaten verunsichert.
- 4 Es stellt sich somit die Frage „Welches Europa wollen wir?“ immer mehr.
- 5 Welche Reformen müssen angegangen werden, damit wir der nächsten Generation ein besseres
- 6 Europa überlassen können. Jetzt ist Zeit, um die richtigen Weichenstellungen für unser
- 7 gemeinsames Europa einzuleiten. Die überparteilichen Jungen Europäischen Föderalisten alle
- 8 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein, mit uns gemeinsam über eine gute Zukunft in
- 9 Europa zu diskutieren. Wir möchten eine neue Zielvorstellung erarbeiten, wie sich die
- 10 Europäische Union weiterentwickeln soll. Wir möchten:
 - 11 • Europa erlebbarer machen
 - 12 • Europa besser organisieren
 - 13 • Europa die richtigen Aufgaben zuordnen
- 14 **Europa erlebbarer machen**
- 15 Nie gab es über einen längeren Zeitraum Frieden in Europa. Und dennoch wird die
- 16 Europäische Union von vielen Bürgerinnen und Bürgern lediglich als eine „Zusammenfassung
- 17 von Richtlinien“, als Bürokratiemonster mit Regulierungswut hinsichtlich von Gurken oder
- 18 Glühbirnen gesehen. Es ist daher besonders wichtig, die Europäische Union mit persönlich
- 19 erfahrbaren Möglichkeiten vor Ort erlebbar zu machen.
- 20 Wir fordern daher:
 - 21 • Ein kostenloses Interrail-Ticket für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger zu
 - 22 seinem 18. Geburtstag ohne das ERASMUS + –Budget zu belasten Dadurch hätten alle
 - 23 junge Menschen Europas die Möglichkeit, andere Länder und Kulturkreise
 - 24 kennenzulernen. Es entstehen Freundschaften, eine interkulturelle Kompetenz sowie
 - 25 einmalige, positiv besetzte Erinnerungen. Mindestens genauso wichtig wie diese
 - 26 Aspekte ist die direkte Interaktion zwischen der Europäischen Union und dem jungen
 - 27 Menschen in diesem Moment. Man hält an seinem 18. Geburtstag einen Brief mit dem
 - 28 Ticket und weiteren Informationen in der Hand, das ferne Brüssel kommt plötzlich ganz

- 29 nah in die Toskana, nach Andalusien oder auf die Schwäbisch Alb. Bürgernäher kann die
30 EU gar nicht sein.
- 31 • Einen weiteren Ausbau der Städtepartnerschaften. In Zeiten der Globalisierung, in der
32 die Welt durch neueste Medien immer kleiner zu werden scheint, ist der unmittelbare
33 Kontakt auf kommunaler Ebene umso wichtiger. Die Bürgerinnen und Bürger aller
34 Generationen aus den verschiedenen Ländern müssen zusammen sitzen, gemeinsam Dinge
35 erleben und sich besser kennenlernen. Bei der Europäischen Union sollte ein
36 Kompetenzzentrum geschaffen werden, das die bestehenden Partnerschaften bündelt, als
37 Ansprechpartner für interessierte Kommunen fungiert und entstehende Verbindungen mit
38 Expertise berät.
 - 39 • Einen Ausbau des Erasmus-Programms für Auslandsaufenthalte. Durch den
40 Auslandsaufenthalt bekommen die jungen Menschen ein Verständnis für andere Kulturen,
41 Traditionen und Sprachen. Es entstehen Freundschaften und Beziehungen. So sind seit
42 Beginn des Programms im Jahr 1987 über eine Million Babys aus Erasmus-Beziehungen
43 entstanden. Wir fordern eine stärkere Förderung des Programms für die Teilnahme von
44 Auszubildenden. Dadurch wäre es auch mehr Nicht-Akademikern möglich, von diesen
45 tollen Erfahrungen zu profitieren.. Der Stiftungspreis der Europäischen Bewegung
46 „EuRobi“ weist dabei den Weg in die richtige Richtung.
 - 47 • Einen verpflichtenden Besuch des Europäischen Parlaments entweder in Straßburg oder
48 in Brüssel von Schulklassen im Rahmen des Gemeinschaftskunde-Unterrichts. Durch das
49 Behandeln der Europäischen Union sowohl in der Schule als auch erlebbar vor Ort
50 bekommen alle Schülerinnen und Schüler ein Verständnis davon, wie die Europäische
51 Union in ihrer Gesamtheit funktioniert. Das Erlebnis einer Klassenfahrt bleibt
52 positiv in Erinnerung und die EU wird verständlicher und greifbar.
 - 53 • Einen europäischen öffentlich rechtlichen Rundfunk, welcher zentral und wertneutral
54 in allen Mitgliedsländern über die europäische Politik berichtet. Dieser sollte als
55 Online-Angebot starten und auf ein möglichst breites Publikum abzielen. Ebenfalls
56 fordern wir, dass länderübergreifende Berichterstattung und Kooperationen durch
57 finanzielle Anreize unterstützt werden. “

58 **Europa besser organisieren**

59 Die Europäische Union agiert in ihren Entscheidungsprozessen nach Außen oft zu langsam.
60 Insbesondere die häufig notwendige Ratifizierung kann das europäische Projekt und die
61 Handlungsfähigkeit der Europäischen Union lähmen. Diese Lähmung konnte man am
62 europäischen-
63 kanadischen Freihandelsabkommen eindrucksvoll beobachten. Es ist deshalb notwendig, dass
64 die Kompetenzzuordnung der Europäischen Gesetzgebung weiter konkretisiert und eindeutig
definiert wird. Hierbei muss der Grundsatz der Subsidiarität beachtet werden.

65 Wir fordern daher

- 66 • Die Europäische Union benötigt dabei insbesondere ein starkes und selbstbewusstes
67 Europäisches Parlament als europäische Bürgervertretung, welches im Rahmen eigener
68 Kompetenzen eigenes Gesetzgebungsrecht besitzt und über ein vollständiges
69 Initiativrecht verfügt.
- 70 • Ein einheitliches Wahlrecht ist für eine Stärkung des Europäischen Parlaments
71 unerlässlich. Insbesondere muss mit diesem Wahlrecht versucht werden, die

- 72 Ungleichheit des Erfolgswerts einer Wahlstimme zu beseitigen. Eine mögliche Lösung
73 wären grenzüberschreitende Wahlkreise.
- 74 • Stärkung des EU-Kommissionspräsidenten und der EU-Kommission als Exekutive
 - 75 • Trennung der Aufgabenbereiche der EU-Kommission, Exekutive und Hüterin der Verträge
 - 76 schließen sich gegenseitig aus.

77 **Europa die richtigen Aufgaben zuordnen**

78 Die Europäische Union hat sich schrittweise entwickelt und musste immer wieder auf
79 aktuelle Aufgaben reagieren. Durch Vertragsänderungen und Entscheidungen der
80 Mitgliedstaaten haben sich der Umfang und die Reichweite der von der EU wahrgenommenen
81 Kompetenzen weiterentwickelt. Als Ergebnis steht eine eher unsystematische und für die
82 Bürgerinnen und Bürger schlecht nachvollziehbare Kompetenzordnung. Es ist nicht klar,
83 welche Ebene für welche Politik verantwortlich zeichnet. Dies führt immer wieder zu
84 Missverständnissen und zu Unmut über die EU, die oftmals jedoch unberechtigt sind. Durch
85 die Vermischung der Verantwortlichkeiten erscheint die EU übermächtig und es wird
86 erleichtert, Verantwortlichkeiten auf die EU abzuschieben. Zudem stellt sich die Frage, ob
87 die aktuelle Aufgabenverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten bzw. Regionen noch
88 den Ansprüchen der Zeit entspricht. Die Menschen haben konkrete Erwartungen an die EU, die
89 diese jedoch aufgrund fehlender Zuständigkeiten nicht erfüllen kann. Zudem hat sich die
90 Weltordnung durch die Globalisierung und Digitalisierung stark verändert. Die EU erscheint
91 für viele dieser großen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nur schlecht
92 gerüstet. Andererseits wird im Inneren über eine ausufernde Regelungsdichte geklagt. Auch
93 die zu geringe Zielgenauigkeit mancher EU-Förderprogramme ist Gegenstand von Kritik.
94 Schließlich versucht die Kommission auch Zielmarken in Politikbereichen zu setzen, die
95 eher in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen. Im Ergebnis steht oftmals eine
96 weitere Enttäuschung von Erwartungen.

97 Es ist daher an der Zeit, mehr Transparenz und Systematik in die Aufgabenverteilung
98 zwischen der EU und den Mitgliedstaaten bzw. Regionen zu bringen. Hierzu brauchen wir eine
99 grundlegende und breit angelegte Diskussion darüber, welche Aufgaben in Zukunft besser von
100 der EU und welche besser durch die Mitgliedstaaten bzw. Regionen und Kommunen
wahrgenommen
101 werden sollten. Diese Diskussion muss möglichst ergebnisoffen und ohne vorherige
102 Festlegungen erfolgen. Dabei dürfen Besitzstände ebenso wenig eine Rolle spielen wie
103 kurzfristige Überlegungen. Zu einer Neuordnung von Kompetenzen muss auch gehören, dass
am
104 Ende eine klar abgrenzbare Aufgabenverteilung zwischen EU und den Mitgliedstaaten bzw.
105 Regionen steht. Damit erhöht sich die Transparenz und die Zurechenbarkeit von
106 Entscheidungen. Ziel muss es sein, eine gute Balance zwischen den verschiedenen Ebene zu
107 finden. Dies bedeutet, dass am Ende eine handlungsfähige und effiziente EU stehen sollte
108 und den Mitgliedstaaten und Regionen ausreichender Spielraum für eigene Entscheidungen und
109 an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Lösungen bleiben muss.

110 Wir fordern daher:

- 111 • Die Europäischen Institutionen sollten im Laufe des Jahres 2017 einen breit
112 angelegten Diskussions- und Beteiligungsprozess initiieren. Hierbei sollten

- 113 insbesondere der Ausschuss der Regionen, die Regionen und Kommunen sowie die in der
114 Europäischen Bewegung zusammengeschlossenen Verbände als Multiplikatoren und
115 Veranstalter fungieren. Ziel sollte es sein, möglichst flächendeckend den Bürgerinnen
116 und Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Vorstellungen zu äußern.
- 117 • Am Ende dieses Prozesses muss ein Europäischer Konvent stehen, dessen Aufgabe es ist,
118 eine neue europäische Kompetenzordnung zu erarbeiten.
 - 119 • Dabei gilt für uns: Getreu dem Motto „Geeint in Vielfalt“ muss das
120 Subsidiaritätsprinzip stärker gelebt werden. Die Europäische Union muss sich
121 vorrangig den großen Fragen der Zeit zuwenden. Gleichzeitig brauchen die Regionen,
122 Städte und Gemeinden ausreichend Spielräume für Gestaltungsmöglichkeiten.
 - 123 • Zu Kernaufgaben der EU gehören für uns: eine echte europäische Außen- und
124 Sicherheitspolitik, eine Europäischen Verteidigungspolitik, die Handelspolitik, die
125 Entwicklungspolitik, die globale Klima- und Umweltpolitik, die
126 Infrastrukturförderung, die gemeinsame Währung, der Binnenmarkt und die Sicherung
127 der gemeinsamen Außengrenzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag PP 1: Änderung des Politischen Programms der JEF Deutschland

Laufende Nummer: 1

Antragsteller/in:	Julia Kaesemann (JEF Hessen), Thomas Ponier-Kröhl (JEF Hessen), Steven Schwarz (JEF Hessen), Jonathan Weide (JEF Hessen), Marcel von Collani (JEF Hessen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Politisches Programm

Änderung des Politischen Programms der JEF Deutschland

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 In Zeile 118 (Seite 4) des Politischen Programms wird nach den Wörtern „...mit breiter
- 2 Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitet werden.“ nachfolgender Text als neuer
- 3 Abschnitt 3.1. eingefügt. Die Nummerierung der nachfolgenden Abschnitte wird entsprechend
- 4 angepasst.
- 5 **3.1. Warum wir einen europäischen Bundesstaat brauchen**
- 6 Die Nationalstaaten stoßen insbesondere vor dem Hintergrund der voranschreitenden
- 7 Globalisierung in vielen Bereichen an die Grenzen ihres politischen Gestaltungsspielraums.
- 8 Viele Herausforderungen unserer Zeit wie die Regulierung von Unternehmen und
- 9 Finanzmärkten, die Nutzung der Chancen der Digitalisierung, der Datenschutz oder die
- 10 Aufnahme von Flüchtlingen lassen sich nicht mehr sinnvoll auf nationaler Ebene, sondern
- 11 nur noch gemeinsam auf europäischer Ebene lösen. Besonders augenfällig ist dies im Bereich
- 12 der Außenpolitik: Angesichts des Entstehens einer multipolaren Weltordnung mit neuen
- 13 Mächten sind selbst große EU-Mitgliedsstaaten zu klein, um ihre Interessen in der
- 14 internationalen Politik erfolgreich vertreten und weltpolitisch Verantwortung übernehmen
- 15 zu können. Gerade in Fragen, die sich nur global lösen lassen wie dem Klimawandel, ist es
- 16 entscheidend, dass Europa mit einer Stimme spricht. Die Beispiele verdeutlichen: Wir
- 17 brauchen **gemeinsame Lösungen für gemeinsame Herausforderungen**. Diese Formel macht für
- 18 uns
- 19 auch den Wesenskern des Föderalismus aus. Die Europäische Union jedoch verfügt in ihrer
- 20 derzeitigen Struktur nicht über die notwendigen Kompetenzen, um diese Herausforderungen
- 21 effektiv meistern zu können.
- 22 Der Umstand, dass Teile der Bevölkerung der EU kritisch oder sogar ablehnend
- 23 gegenüberstehen, liegt auch darin begründet, dass die EU in den vergangenen Jahren oft
- 24 nicht in der Lage war, auf Krisen und politische Entwicklungen schnell und entschlossen zu
- 25 reagieren und deren Ursachen zu begegnen. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die
- 26 auch Europa stark getroffen hat, zeigt, dass **zwischenstaatliche Lösungen Krisen nur**
- 27 **verzögern anstatt sie nachhaltig zu bewältigen**.
- 28 Zudem haben viele EU-Bürger das Gefühl, dass sie auf die Entscheidungen, die auf
- europäischer Ebene getroffen werden, keinen Einfluss haben; ja, dass sie noch nicht einmal

29 die grundlegende Richtung der europäischen Politik mitbestimmen können. Die wichtigste
30 Ursache dafür: Dem Europäischen Parlament als Vertretung der Bürger mangelt es an einer
31 **Politisierung**, die unterschiedliche politische Konzepte deutlich werden lässt und
32 erkennbar macht, welche Politiker und Parteien für welche Politik verantwortlich sind. Dem
33 Institutionengefüge der EU fehlt es an einer Regierung, die die politische Richtung
34 vorgibt und die ihre Legitimation aus einer bei der Parlamentswahl errungenen Mehrheit der
35 Stimmen der Bürger schöpft. Ebenso fehlt es an einer Opposition, die die Arbeit der
36 Regierung kritisch begleitet, Alternativen aufzeigt und Missstände anprangert.

37 Im Zentrum des politischen Systems der EU steht – statt einer europäischen Regierung, die
38 durch eine Opposition kontrolliert wird – der Europäische Rat der Staats- und
39 Regierungschefs, welcher keiner parlamentarischen Kontrolle durch ein Organ der EU
40 unterliegt.

41 Aufgrund der starken Rolle des Europäischen Rates und der vergleichsweise schwachen Rolle
42 des Europäischen Parlaments gibt es für die **Medien** kaum Anknüpfungspunkte für die
43 Berichterstattung über die Arbeit des Parlaments, kaum kontroverse Themen, die man
44 aufgreifen könnte. Es fehlt an Personen aus Kommission und Parlament, die Kraft ihrer
45 Position besondere mediale Aufmerksamkeit erfahren und an denen sich unterschiedliche
46 politische Vorstellungen festmachen ließen. Erst durch Politiker aber, die abstrakte
47 Politik transportieren, wird diese für den Bürger greifbar.

48 Dieser Mangel führt zwangsläufig dazu, dass der Fokus der Berichterstattung in erster
49 Linie auf dem Europäischen Rat und damit nicht auf unterschiedlichen politischen
50 Konzepten, sondern auf nationalen Gegensätzen liegt. Dieser Blickwinkel jedoch, der anders
51 als dies bei einem supranationalen Parlament der Fall wäre, suggeriert, Nationalstaaten
52 seien monolithische Blöcke, verschleiert die eigentliche Natur von politischen
53 Entscheidungen und schadet damit dem europäischen Geist. Es ist also die Struktur des
54 politischen Systems, die die Form des öffentlichen Diskurses bestimmt und damit das
55 Entstehen einer **europäischen Öffentlichkeit** verhindert.

56 Dass die Leitlinien der europäischen Politik nicht von einer vom Europäischen Parlament
57 gewählten europäischen Regierung sondern vom Europäischen Rat bestimmt werden, ist
58 Ausdruck eines Demokratiedefizits der Europäischen Union.

59 Dass die Stärkung der **demokratischen Legitimation** europäischer Politik dringend notwendig
60 ist, zeigt ein weiteres, gravierendes Problem: Insbesondere aufgrund der dominanten Rolle,
61 die die nationalen Regierungen und insbesondere die Staats- und Regierungschefs derzeit
62 bei Entscheidungen spielen, bestimmen die Politiker eines Landes maßgeblich die Politik
63 anderer Länder mit. Dieser Einfluss reicht bis hin zu haushaltspolitischen Fragen und
64 grundlegenden politischen Richtungsentscheidungen. Das aber bedeutet, dass Bürger von
65 Entscheidungen von Politikern betroffen sind, an deren Wahl sie nicht beteiligt gewesen
66 sind.

67 Mit besonderer Sorge beobachten wir als JEF, dass die Macht der Regierungen in Folge der
68 Wirtschafts- und Finanzkrise stetig gewachsen ist und mehr und mehr weitreichende
69 Entscheidungen auf **intergouvernementaler Ebene** getroffen werden – teilweise sogar
70 außerhalb der Institutionen der EU. Damit entzieht sich die europäische Politik in

71

zunehmendem Maße der parlamentarischen Kontrolle. Der Europäische Rat hat sich vom
72 Wegbereiter zum Wegbeschreiter entwickelt, lässt aber politischen Reformwillen vermissen.
73 Durch diese schleichende Kompetenzverschiebung von Parlamenten zu Regierungen wächst
das
74 europäische Demokratiedefizit weiter. Ziel muss es daher sein, Entscheidungen dieser Art
75 in die Hände transnationaler, demokratisch legitimierter und dem europäischen Gemeinwohl
76 verpflichteter Institutionen zu legen.

77 Mit der unzureichenden Handlungsfähigkeit einerseits und dem Demokratiedefizit
78 andererseits weist die Europäische Union zwei grundlegende Mängel auf, die den Fortbestand
79 der EU gefährden, da auf der einen Seite Probleme nicht gelöst werden können und auf der
80 anderen Seite ein Vertrauensverlust bei den Bürgern entsteht. Deshalb gilt es, diese
81 Mängel durch eine **grundlegende Neuordnung der Strukturen** hin zu einem **europäischen**
82 **Bundesstaat** zu überwinden. Dabei sind beide Punkte eng miteinander verknüpft: Um den
83 Stillstand in der EU zu überwinden, müssen wir die europäische Ebene mit jenen Kompetenzen
84 ausstatten, die sie braucht, um handlungsfähig zu sein. Ein Mehr an Europa setzt jedoch
85 zugleich auch ein Mehr an Demokratie und Transparenz voraus.

86 Auch der Gründungsakt eines europäischen Bundesstaates selbst, der seinen Ausdruck in der
87 feierlichen Verabschiedung einer europäischen Verfassung findet, könnte einen wichtigen
88 Beitrag zu dieser Transparenz leisten und gleichzeitig identitätsstiftenden
89 Symbolcharakter haben.

90 Die Weiterentwicklung der EU zu einem europäischen Bundesstaat ist gleichzeitig auch
91 logische Fortsetzung der bisherigen historischen Entwicklung der europäischen Integration.
92 Die **Vernetzung** Europas nimmt in gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Hinsicht immer
93 weiter zu. Was heute in einem Mitgliedsland entschieden wird, hat demnach immer auch
94 Auswirkungen auf die Bürger und die Volkswirtschaften anderer Mitgliedsländer. Darüber
95 hinaus nimmt auch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen verschiedenen Politikbereichen,
96 für die derzeit häufig unterschiedliche staatliche Ebenen (Mitgliedsstaaten, EU) zuständig
97 sind, immer weiter zu. Nur ein europäischer Bundesstaat mit starken wirtschaftspolitischen
98 Kompetenzen erlaubt es, die vielfältigen Abhängigkeiten bei der Ausgestaltung von Politik
99 zu berücksichtigen, und das historische Projekt eines europäischen Binnenmarktes zu
100 vollenden.

101 Dies kann auch zum Abbau der historisch bedingten **ökonomischen und sozialen**
Ungleichheiten
102 beitragen, welche durch die bloße Existenz eines europäischen Binnenmarktes nicht
103 überwunden werden können.

104 Gleichzeitig ermöglicht ein dezentralisierter Bundesstaat die Wahrung europäischer
105 Vielfalt und einen effektiven Schutz von Minderheiten auf Basis gemeinsamer Werte.“

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag Q 01: Erhebung von Gleichstellungsdaten innerhalb der JEF

Laufende Nummer: 2

Antragsteller/in:	JEF Bremen (Landesverband), JEF Hamburg (Landesverband), JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Organisatorisches

Erhebung von Gleichstellungsdaten innerhalb der JEF

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Gleichstellungsdaten ermöglichen, auf eine tatsächliche Gleichstellung von Menschen in
- 2 Beruf und Bildung, Gesundheit und Gerichtsbarkeit sowie vielen anderen Lebensbereichen
- 3 hinzuarbeiten. Sie sind damit eine Voraussetzung, um Gleichstellung und gleiche Chancen in
- 4 öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie Unternehmen sicherzustellen.
- 5 Denn nur durch die Erhebung von Gleichstellungsdaten kann aufgezeigt werden, inwieweit
- 6 einzelne Diskriminierungsstrukturen sich auf institutioneller Ebene wiederfinden und somit
- 7 ein Symptom von strukturellen Benachteiligungen sind.

- 8 Ein Beispiel für die Notwendigkeit und erste Erfolge von Gleichstellungsdaten ist die
- 9 gezielte Förderung von Frauen* im Rahmen von Gender-Mainstreaming Maßnahmen. Diese
- 10 zeigen:
- 11 Es ist möglich, struktureller Benachteiligung mit gezielten Maßnahmen entgegenzuwirken –
- 12 wenn zuvor erfasst wurde, wie sich Diskriminierung konkret äußert.

- 13 Diese Erfolge bedeuten nicht, dass Diskriminierung von Frauen* nun nicht mehr stattfindet
- 14 – aber sehr wohl, dass sie immer weniger geduldet wird. Daten, die Diskriminierung von
- 15 Frauen* sichtbar machen, sind dabei eine wichtige Grundlage für Fördermaßnahmen, die die
- 16 Benachteiligung von Frauen* vermindern und für Gleichstellung von Frauen* in Institutionen
- 17 sorgen sollen. Auch bei anderen Bevölkerungsgruppen, von denen die Forschung zeigt, dass
- 18 sie nach wie vor Diskriminierung, insbesondere in Form von strukturellen Ausschlüssen,
- 19 erfahren, sollten vergleichbare Maßnahmen ergriffen werden.

- 20 Deshalb fordern wir eine umfassende Erhebung von Gleichstellungsdaten bezüglich
- 21 Frauen*anteil, Anteil von Menschen mit sog. Migrationshintergrund, People of Color und
- 22 Schwarzen sowie eine Erhebung von Daten über die soziale Herkunft in den einzelnen Kreis-
- 23 und Landesverbänden und auf Bundesebene der JEF-Deutschland (wenn möglich europaweit).

- 24 Geschehen soll die Erhebung von Gleichstellungsdaten mithilfe eines, von den
- 25 Antragsteller*innen konzipierten und vom Bundesvorstand gesichteten Fragebogens, der an
- 26 die einzelnen Mitglieder verschickt wird, von den Mitgliedern auf freiwilliger Basis und
- 27 mit ihrem Selbstverständnis ausgefüllt und zur Auswertung innerhalb einer festgesetzten
- 28 Frist an den Bundesvorstand zurückgeschickt wird. Die Daten werden beim Bundeskongress
- 2018 präsentiert und daraus folgende Maßnahmen und Konsequenzen beschlossen,

29 beispielsweise durch Gründung einer Arbeitsgruppe.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag Q 02: Strategiewechsel: Zielgruppen, Kommunikation, Selbstverständnis

Laufende Nummer: 9

Antragsteller/in:	JEF Nordrhein-Westfalen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Organisatorisches

Strategiewechsel: Zielgruppen, Kommunikation, Selbstverständnis

Der Bundeskongress hat beschlossen:

- 1 Der Bundeskongress,
- 2 in Erwägung nachstehender Gründe:
 - 3 1. Anfang November 2016 erschien in unserem Verbandsmagazin treffpunkt europa ein
 - 4 Artikel mit dem Titel "Strategiewechsel". Am 13. Dezember stellte sich Autor Lukas
 - 5 Uetz der Diskussion des Kreisverbands Münster. Aus diesem Diskussionsprozess bildete
 - 6 sich eine Projektgruppe, die im Anschluss diesen Antrag erarbeitete.
 - 7 2. Am 6. August 2017 diskutierte die 2. Landesmitgliederversammlung 2017 der JEF NRW
 - 8 diesen Antrag und nahm ihn in einer geänderten, nun vorliegenden Fassung an.
 - 9 3. Euro-Krise, Populismus, Vertrauenskrise, Elitenprojekt und Parteienverdrossenheit
 - 10 sind Themen, mit denen wir uns in den letzten Jahren zunehmend auseinandersetzen
 - 11 mussten und gegen die wir als Junge Europäer ankämpfen. Neben allen gelungenen und
 - 12 anererkennungswürdigen Projekten sollten wir uns aber auch einer selbstkritischen
 - 13 Analyse unterziehen.
 - 14 4. Zum Beispiel zeugt der hohe Anteil von parteipolitisch Engagierten und
 - 15 AkademikerInnen davon, dass sich JEF und Europa-Union (EUD) bisher größtenteils in
 - 16 jenem elitären (Politik-)Kreis bewegen, gegen den wir u.a. ankämpfen. Wenn man die
 - 17 Zielgruppen bei Veranstaltungen und Projekten genauer betrachtet, wird dieser
 - 18 Eindruck verstärkt und es scheinen oft dieselben Gesichter bei öffentlichen
 - 19 Veranstaltungen und sogenannten Bürgerdialogen zu sein. Nicht zuletzt kann von außen
 - 20 der Eindruck entstehen, dass die Jungen Europäer ihre Überparteilichkeit dahingehend
 - 21 auslegen, dass Sie sich als Netzwerk der Mitglieder der verschiedenen Parteien
 - 22 versteht, nicht aber der ganzen Zivilgesellschaft.
 - 23 5. Diese Analyse soll unser Engagement fokussieren und neue Ideen hervorbringen, damit
 - 24 wir zukünftig noch erfolgreicher für Europa werben können.
- 25 fordert:
 - 26 Den Bundesvorstand auf, darauf hinzuarbeiten, wie die JEF unterrepräsentierte Gruppen
 - 27 anspricht.
 - 28 Zukünftig müssen wir neben unserem 'klassischen Milieu' gezielt in die Mitte der
 - 29 Gesellschaft zielen. Personen und Organisationen, die nicht Parteimitglieder und nicht

- 30 Studierende sind, müssen gezielt adressiert werden. Insbesondere sind hier Auszubildende,
31 SchülerInnen, ArbeitnehmerInnen und Mitglieder von Sport- und Freizeitvereinen zu nennen.
- 32 Den Bundesvorstand auf, sich Gedanken zu machen, wie Veranstaltungen und Aktionen für
33 unterrepräsentierte Gruppen besser zugänglich gemacht werden können.
- 34 Geplanten Aktionen und Veranstaltungen werden so gestaltet, dass Kommunikation,
35 Ausgestaltung, Ort, Uhrzeit und Inhalt attraktiv für unterrepräsentierte Gruppen sind. Für
36 dieses Vorgehen wird ein Leitfaden bzw. eine Check-Liste angefertigt werden, die die
37 Verbände auf Kreis-, Landes- und Bundesebene bei der konkreten Umsetzung unterstützt und
38 zielgruppenspezifische Hinweise gibt.
- 39 Neue Veranstaltungsformate und Veranstaltungskooperationen mit Sport-, Kultur-, und
40 Freizeitvereinen wären hier ein erster Schritt, Unternehmen die sich zu Europa bekennen
41 vielleicht ein zweiter.
- 42 Aktionen, die gezielt Kritiker ansprechen und zu einer kritischen Auseinandersetzung mit
43 Europa befähigen.
- 44 Das Selbstverständnis der JEF muss sein, eigene Kritik und die Kritik junger Menschen
45 einzuholen, zu aggregieren und zu adressieren. Hierfür müssen Formate etabliert werden,
46 bei denen um die Meinung von Kritikern gebeten wird oder bei denen junge Menschen ihre
47 Sorgen und Fragen äußern können. Dies bedeutet nicht, Europagegner*innen eine Bühne zu
48 geben, sondern berechtigter Kritik mit Konzepten entgegenzutreten und bestehende Probleme
49 offenzulegen. Deshalb fordern wir Dialogforen, Kritikwände und Social Media-Aktionen.
50 Dadurch soll ein substantieller Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden.
- 51 Den Bundesvorstand auf, Workshops und Best-Practice Foren zu organisieren, die methodische
52 und inhaltliche Vorgehensweisen vertiefen und hervorbringen.
- 53 Um neue Zielgruppen zu erreichen, brauchen wir neue Ideen und Perspektiven. Das
54 vielfältige Wissen und die Ideen der Jungen Europäer sollten für dieses Vorhaben gebündelt
55 werden. Es wird dauerhaft eine Arbeitsgruppe gegründet, die Workshops organisiert. Hier
56 werden spezifische Methoden, Veranstaltungsformate, Kommunikationsstrategien für
57 Zielgruppen außerhalb des klassischen JEF-Milieus erarbeitet und gesammelt. Die Ergebnisse
58 werden zusammengefasst und aufbereitet allen Kreisverbänden und Mitgliedern
59 bereitgestellt.
- 60 Einen bundesweiten Diskurs über das Selbstverständnis und die strategische Ausrichtung der
61 JEF.
- 62 Veränderungen können niemals von einem Bundeskongress oder einer Landesversammlung
einfach
63 nur beschlossen werden. Veränderungen müssen diskutiert und gelebt werden. Deshalb ist es
64 notwendig, dass sich die JEF als Ganzes kritisch mit ihrem Selbstverständnis
65 auseinandersetzt. Ein Strategiewechsel kann zu neuen Zielgruppen, neuen Ideen und neuen
66 Perspektiven führen. Wir können die Interessen der gesamten jüngeren Generation vertreten
67 und dabei nicht nur nach innen wirken. Daher müssen wir der Gesellschaft zeigen, dass
68 Europa für uns einen fundamentalen Wert hat, für den wir nicht erst auf die Straße gehen,
69 wenn es uns genommen wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag Q 03: Organisation: Agenda des Bundesverbandes einführen

Laufende Nummer: 21

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Organisatorisches

Organisation: Agenda des Bundesverbandes einführen

Der Bundeskongress hat beschlossen:

1 I. Einleitung

2 Wir als JEF möchten gemeinsam dafür Sorge trage, dass unsere innerverbandliche Arbeit
3 stets auf einem hohen und zufriedenstellenden Niveau stattfindet. Damit wir diese
4 Zielvorstellung auch realisieren können, möge diese Konferenz beschließen, dass vor
5 Konferenzbeginn einer jeden Wahl- Bundeskonferenz eine Agenda in Ergänzung zum
6 politischen Leitantrag erarbeiten und zur Abstimmung stellen. Wir möchten mit diesem
7 Vorschlag, die Arbeit des gesamten Verbandes weiterentwickeln und strukturieren.
8 Anschließend an den jährlichen Leitantrag des Bundesvorstandes wollen wir eine Agenda über
9 die Art und Weise sowie die Ziele der zukünftigen Verbandsarbeit.

10 II. Eckpunkte der Agenda

11 Um zu verdeutlichen, wie wir uns die Ausarbeitung einer solchen Agenda vorstellen, möchten
12 wir im Folgenden auf die notwendigen Eckpunkte eingehen und diese näher erläutern.

13 A. Verbandszustand und Entwicklungsperspektive

14 Mit der Agenda soll eine kritische Einordnung des Status Quo unseres Verbandes
15 stattfinden. Dabei gilt es auf aktuelle Tendenzen einzugehen und diese im Rahmen dieses
16 Punktes darzustellen. Wir versprechen uns mit dieser Einordnung, dass man eine angemessene
17 und realistische Entwicklungsperspektive formulieren und für sich als Auftrag geben kann.
18 Im Rahmen dieser Perspektive soll dabei konkret beschrieben werden, wohin der
19 Bundesverband steuern möchte und welche Schritte zur Erreichung dieser Zielbestimmung
20 unternommen werden müssen.

21 B. Bundesprojekte

22 Um unsere inhaltliche Arbeit und Positionierung zu verbessern, schlagen wir die Einführung
23 von Bundesprojekten vor. Im Rahmen dieser Bundesprojekte soll in einer Amtszeit ein
24 inhaltlicher Schwerpunkt gewählt werden. Erst durch die Entwicklung und Erarbeitung
25 eigener Positionen und Beschlusslagen können wir im Austausch und Wettbewerb der Ideen
26 eine solide Verhandlungsposition gegenüber anderen durchsetzen. Dabei sollen die
27 Bundesprojekte die vorhandenen Beschlusslagen der JEF aufarbeiten und diese
28 weiterentwickeln. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen
29 Diskussionen innerhalb des Verbandes auf oder stoßen neue an. Sie greifen Debatten in den
30 sozialen Bewegungen auf und tragen diese in unseren Verband, damit wir auch

31 innerverbandliche Positionen dazu erarbeiten und diese anschließend nach Außen tragen
32 können. Unter diesem Punkt gilt es geplante oder bestehende Bundesprojekte aufzuführen,
33 ihre inhaltliche Zielbestimmung vorzustellen und ihre organisatorische Verfassung
34 darzulegen. (Titel des Projekts, um welche Inhalte geht es und welche Fragestellungen
35 sollen mittel- bis langfristig erarbeitet werden, wann und wie oft möchte das jeweilige
36 Projekt tagen)

37 **C. Arbeitsweise des Bundesvorstandes**

38 Der Bundesvorstand ist die politische Repräsentation des gesamten Verbandes und ist
39 gleichzeitig der organisatorische Kopf der JEF. Unter diesem Aspekt ist es uns ein
40 gewichtiges Anliegen, dass die Agenda einmal aufzeichnet, in welcher Art und Weise der
41 künftige Bundesvorstand zusammen arbeiten möchte. Dies ist zudem eine gute Gelegenheit,
um
42 als Bundesvorstand für sich selbst grundlegende Verbindlichkeiten zu schaffen, auf die
43 sich alle Vorstandsmitglieder gemeinsam verständigen können. Hierbei soll also die
44 künftige Zusammenarbeit in Form von Vorstandssitzungen, Telefonkonferenzen, ein
45 kollegiales Miteinander usw. grob beschrieben und dargestellt werden. Dieser Punkt schafft
46 auch die Möglichkeit für mehr Transparenz gegenüber dem Gesamtverband und die Gewissheit,
47 dass die politische Repräsentanz und der organisatorische Kopf sinnvoll und angemessen
48 strukturiert wird und die Vorstandsarbeit keine unbekannte Variabel ist.

49 **D. Verbandskommunikation und -organisation**

50 Die JEF sind ein föderal organisierter Verband. Gerade deswegen müssen wir eine sinnvolle
51 Zusammenarbeit zwischen den Landes- und Kreisverbänden sowie dem Bundesverband
52 gewährleisten. Denn nur durch eine gute – auf Austausch basierte – Zusammenarbeit können
53 alle gemeinsam profitieren. Unter diesem Punkt soll zum einen eine konkrete Kommunikation
54 zwischen den unterschiedlichen Ebenen beschrieben werden. Vor allem muss die Arbeit der AG
55 Verbandsentwicklung gewährleistet und gestärkt werden, um vor allem kleineren Verbänden
56 bei ihrer Arbeit zu helfen. Des Weiteren kann auf die Zusammenarbeit mit dem
57 Bundesausschuss und auf dessen Rolle eingegangen werden und unter Umständen neue
58 Verbandsstrukturen angedacht werden.

59 **E. Innerverbandliche Bildungsarbeit**

60 Die Zukunftsfähigkeit des Verbandes richtet sich maßgeblich nach der innerverbandlichen
61 Bildungsarbeit. Dabei ist es unbedingte Aufgabe, Wissenshierarchien abzubauen, um
62 möglichst vielen Mitgliedern die Chance zu geben, durch das nötige Rüstzeug auf Augenhöhe
63 mit Funktionsträger*innen diskutieren zu können. Dafür ist die Weiterarbeit an dem
64 Praxisarchiv und Praxis-Leitfäden eine gute Möglichkeit. Gerade zu EU, Europa,
65 Föderalismus und weiteren entscheidenden politischen Themenfeldern sollte der gesamte
66 Verband an Seminaren oder anderen Formaten diesbezüglich arbeiten. Dadurch sollen unsere
67 Mitglieder fortgebildet und debattenfest gemacht werden. Durch eine so zu erreichende
68 Sprachfähigkeit unserer Mitglieder, erreichen wir es, dass diese gleichermaßen als
69 Multiplikator*innen für unsere Inhalte funktionieren und wir damit in der Breite
70 schlagfertiger und am Ende auch erfolgreicher sein können. An dieser Stelle soll also die
71 konkrete innerverbandliche Bildungsarbeit der kommenden Amtszeit beschrieben und
72 dargestellt werden.

73 **F. Bündnisarbeit voranbringen**

74

Wer stets im eigenen Saft schmort, wird die Komplexität unseres Zusammenlebens niemals vollständig verstehen können. Hinzu kommt, dass man innerhalb von Bündnissen sowie in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Inhalte und Positionen besser vertreten und durchzusetzen kann. Unter diesem Aspekt wird die politische Relevanz unserer Bündnisarbeit deutlich. Genau aus diesem Grund soll also unter diesem Punkt herausgearbeitet werden, in welchen Bündnissen wir uns bewegen möchten und welche inhaltlichen Ziele wir mit welchen Bündnispartner*innen oder Partner*innenorganisationen angehen und verwirklichen wollen. Dabei können die Organisationen genau benannt sowie die geplante Zusammenarbeit beschrieben werden. Gerade auch unter dem Aspekt, dass heutzutage engagierte Menschen in mehreren Organisationen aktiv sind, da sie phasenweise identische Überzeugungen und Positionen vertreten, verdeutlicht das bestehende Potenzial einer sinnvollen Zusammenarbeit.

86 **G. Kampagnenarbeit**

87 Die JEF sollte ein starker Verband sein, wenn es um Kampagnen geht. Es muss gelingen
88 Themen, die uns bewegen, durch Kampagnen nach außen zu tragen. Mit thematisch klar
89 zugeschnittenen Kampagnen können wir bestimmte Zielgruppen ansprechen, (Neu-)Mitglieder
90 zum mitmachen animieren und unsere Positionen mit Bündnispartner*innen gemeinsam an die
91 Öffentlichkeit bringen. Auf Bundesebene sollen dementsprechend in den nächsten zwei Jahren
92 Kampagnenmaterial und Aktionsideen zu entsprechenden Themen zur Verfügung gestellt
werden.

93 Wenn es sich anbietet, können unter diesem Punkt Kampagnenideen und -formen beschrieben
94 werden. Unter dem Aspekt der Europawahl im Jahr 2019 würde es sich in besonderer Art und
95 Weise anbieten, eine fulminante Kampagne diesbezüglich aufzuziehen und sie entsprechend so
96 auszugestalten, dass alle Landes- und Kreisverbände diese aufgreifen und umsetzen können –
97 mit passend zur Verfügung gestellten Aktionsideen und Kampagnenmaterial. Denkbar wäre z.B.
98 auch eine Europawahl-Werkstatt, die die konkrete Kampagne konzeptionell plant und
99 ausarbeitet, an der dann alle Landesverbände partizipieren können.

100 **H. Die EUD voranbringen – kritische Loyalität**

101 Es gilt ein gutes Verhältnis sowie ständigen Kontakt und Austausch zur EUD zu wahren.
102 Dabei wollen wir gezielt für eine fortschrittliche Beschlusslage sowie Politik streiten
103 und hierfür innerhalb der EUD Mehrheiten suchen und diese notfalls erkämpfen. Dieser
104 innerverbandliche Geltungs- und Gestaltungsanspruch macht jedoch nicht nur Halt vor
105 programmatischen Auseinandersetzungen, sondern betrifft überdies die Aufstellung von
106 Vorständen der EUD. Wir wollen alle in unserem Verband ermutigen, sich verstärkt in die
107 Vorstände der EUD einzubringen und diese durch JEF-Kandidaten weiblicher und jünger zu
108 machen. Unter diesem Punkt soll daher das konkrete Verhältnis zur EUD offengelegt sowie
109 strategische Überlegungen bezüglich Einflussnahme und Gestaltungsanspruch innerhalb der
110 EUD dargestellt werden. Das Prinzip der kritischen Loyalität soll dabei mit Leben gefüllt
111 werden.

Begründung

Wir sind davon überzeugt, dass die Anwendung der Agenda Vorteile für alle schafft und um dies hinreichend darzulegen, möchten wir begründend Stellung dazu nehmen. Zunächst einmal sollte es

Aufgabe sein durch die Gesellschaftsanalyse, einen Sachverhalt für die eigene politische Auffassung zu erarbeiten und zu produzieren. Danach ergründet man das eigene Selbstverständnis und leitet davon die politischen Definitionen des eigenen Handelns ab. Mit Hilfe dieser Definitionen, die sich auf das Selbstverständnis begründen, lässt sich das Ganze unter politische Themen- und Problemfelder subsumieren, so dass man daraus eigene politische Positionen ableitet und für sich formuliert. Erst durch diese Denksportaufgabe gelingt es einem Verband wie den JEF in der Mischung aus Analyse, Definition und Subsumtion einen politischen Fahrplan zu entwerfen, der eine konkrete Vision beschreibt und gleichzeitig Richtschnur der eigenen politischen Arbeit darstellt. Erst dadurch erhält das eigene – somit begründete – Handeln politische Relevanz und lässt sich wunderbar auf die Grundsatzprogrammatische zurückführen, das als Nebeneffekt auch noch eine argumentativ zu begründende Geschlossenheit des Verbandes bereit hält. Darüber hinaus schaffen wir auch noch eine für alle Seiten transparente und nachzuvollziehende Arbeitsweise der nächsten zwei Jahre. Hierbei ist im besonderen dem Bundesvorstand geholfen, da sie die Möglichkeit erhalten, sich bereits im Vorfeld ihrer Wahl konkrete Gedanken über die inhaltliche sowie organisatorische Arbeit ihrer kommenden Amtszeit machen zu können. Auf der anderen Seite ist dadurch im allgemeinen auch den Landesverbänden geholfen, da sie bereits frühzeitig die Chance erhalten, ihre eigenen Wünsche und Ideen mit in den Agendaprozess einfließen zu lassen und so eine gestalterische Möglichkeit haben, die Verbandsarbeit auf Bundesebene mit zu formulieren. Gerade auch unter dem Aspekt, dass die Vorstandsarbeit einmal ins stocken gerät oder Ahnungslosigkeit auftritt, könnte die Agenda Abhilfe schaffen, indem von vornherein festgelegt wird, wie die künftige Arbeit des Bundesverbandes aussehen wird. Wir sind der Überzeugung, dass alle Seiten von einer Agenda profitieren und wir dadurch die Chance erhalten, unsere gute Verbandsarbeit noch weiter voranzutreiben und zu professionalisieren.